Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag:** Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. **Bankkonten:** Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. **Druck und Verlag:** Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 14. Januar 1932 | 12. Jahrgang Nr. 11

Thälmann-Kandidatur begeistert von der Arbeiterschaft begrüßt!

Nazi-Manöver — Die SPD erstirbt in Ergebenheit vor Hindenburg — Bildet rote Einheitsausschüsse in Betrieben und Stempelstellen

Der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, im Zeichen des Kampfes von Klasse gegen Klasse eine kommunistische Arbeiterkandidatur zu den Präsidentschaftswahlen aufzustellen, hat bereits gestern in Großbetrieben und Stempelstellen den lebhaftesten Widerhall gefunden.

In den Diskussionsgruppen im Betriebe, auf der Straße und an den Stempelämtern wurde die Einheitsfront der „Volksgemeinschaftler" von der SPD bis zu den Nazis für Hindenburg in scharfer Weise glossiert, während der Kampfbeschluß der Kommunistischen Partei zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen und die Aufstellung des Genossen Thälmann als Klassenkandidaten des Proletariats überall mit begeisterter Zustimmung diskutiert wurde.

Gleichzeitig berichtet die bürgerliche Presse, daß der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident **Otto Braun** erklärt hat, er würde keine Kandidatur gegen Hindenburg annehmen. Diese Erklärung Brauns erschwert der SPD auch jedes Manöver zur ersten Wahlgang.

Hitler veröffentlicht eine lange Schilderung seiner Besprechungen, in der er in unterwürfiger kriecherischer Weise sich gegen eine „Bloßstellung" des Reichspräsidenten, gegen „taktlose Art" bei der Behandlung der Wiederwahl Hindenburgs „im Interesse des Reichspräsidenten" wendet.

Manöver der Nazis — Jungdo-Volksbegehren

Während der „Vorwärts" durch weitgehendstes Schweigen die hindenburgtreue Politik der Sozialdemokratie sichern will, hat der Nazi-Führer **Frick** in Kempten in einer Versammlung erklärt, daß ohne eine Veränderung des Kabinetts Brüning nicht daran zu denken sei, daß die Nazis in der „nationalen" Front mitmachen werden. Sie wollen einen eigenen Kandidaten aufstellen. Genannt wird der berüchtigte General von Epp.

Der Jungdo will ein Volksbegehren einleiten zur Entfernung der Präsidentschaft Hindenburgs. Gleichzeitig hat der Jungdo-Führer Mahraun in einem Brief an alle Parteien von der SPD bis zu den Nazis die Bildung einer „einheitlichen Volksfront für Hindenburg" gefordert.

*

Unser Kampfruf gegen die Hindenburg-Brüningsche Notverordnungsfront, gegen die faschistische Diktatur, gegen die gesamte hindenburgtreue „Volksgemeinschaft" muß bedeuten:

Engster Zusammenschluß mit den sozialdemokratischen Arbeitern in der roten Einheitsfront gegen alle Angriffe des Kapitals und gegen den faschistischen Terror!

Brüderlicher gemeinsamer Kampf mit den Arbeitern der SPD und allen Arbeitern und Werktätigen im täglichen Kampf gegen jeden Schritt der Durchführung der faschistischen Diktatur!

Die Mobilmachung gegen die gesamte Reaktion von Severing bis Hitler steht im Zeichen der Kampfforderungen gegen Lohnabbau, für die Lebensforderungen der Erwerbslosen, für die Beseitigung der Notverordnungen, für uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Presse- und Versammlungsfreiheit, für die Aufhebung des RFB-Verbots, für gemeinsame Schutzkaffeln der Arbeiter aller Richtungen gegen den faschistischen Terror. In den Betrieben und an den Stempelstellen müssen rote Einheitsausschüsse gebildet werden, wie dies der Einheitsappell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vorgeschlagen hat.

Zehntausende von roten Wahlhelfern für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann als Organisatoren des Kampfes der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen vor die Front!

Hitler „weiß von nichts"

Wie die deutschnationale Presse zu berichten weiß, liegt „der Reichsleitung der NSDAP der genaue Wortlaut der Rede Dr. Fricks noch nicht vor. Man könne im Braunen Haus daher zu den angeblichen Aeußerungen zur Reichspräsidentenwahl noch nicht Stellung nehmen. Offiziell habe sich die Reichsleitung der NSDAP noch nicht mit der Reichspräsidentenwahl befaßt. Ihre endgültige Haltung in dieser Frage liege daher auch noch nicht fest".

Erfolge bei Teilstreiks in Leipzig

Graphische Arbeiter im Kampf — Metallarbeiter erkämpfen Beibehaltung übertariflichen Lohnes

(Eig. Meldg.) **Leipzig**, 13. Januar.

Am Dienstag vormittag traten bei den Firmen Deutsche Omni-Werke und Brandstetter die Tiefdrucker, Photographen, Retuscheure und Photomonteure in den Streik. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen den auf Grund der zwischen Unternehmern und Gewerkschaften getroffenen freien Vereinbarung vorgenommenen Lohnabbau. Dem Streik sind langwierige Verhandlungen in beiden Betrieben vorausgegangen. Die Unternehmer zeigten sich dabei von vornherein auf einen ablehnenden Standpunkt.

Jedenfalls am gestrigen Tag, mittags 12 Uhr, trat die Belegschaft des **Metallbetriebs Unruh & Liebig**, in den Streik. Die Firma hatte willkürlich über den Notverordnungsabbau hinaus eine weitere Kürzung der übertariflichen Bezahlung vorgenommen. Nach **dreistündigem Streik** ließ die Direktion dem Betriebsrat mitteilen, daß sie von der Kürzung der übertariflichen Löhne Abstand nehme.

Berliner Metallbude im Streik

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 14. Januar.

Die Belegschaft des Stahl- und Walzwerkes **Bothe, Berlin**, ist gestern in den Streik getreten, nachdem der Unternehmer 15 Prozent Lohnabbau vornehmen wollte. Die Ortsverwaltung des DMV hat den Mitgliedern gegenüber erklärt, daß sich diese erwerbslos melden sollen und daß sie die Sanktion zum Streik erst erteilen würden, wenn die DMV-Kollegen durchsetzen, daß Vertreter der Ortsverwaltung des DMV mit der Geschäftsleitung reden könne. Die Versammlung hat es abgelehnt, daß ein Vertreter des DMV mit der Firma verhandelt.

Landarbeiterstreik im Saalkreis geht weiter

In Priester steht die Streikfront fest. In Krosigk sind die 11 Mann, die gestreikt haben, entlassen worden. Es arbeiten 25 Mann Stammbelegschaft.

Alles kommt jetzt darauf an, diese geschlossene Streikfront auch weiter zu halten. Solidarität mit den Streikenden ist das Gebot der Stunde!

Weitere Landarbeiterstreiks im Reiche

(Eig. Bericht.) **Berlin**, 13. Januar.

Im Kreis Minden, Bezirk Hannover, sind die Landarbeiter von sechs Gütern trotz des Terrors der Junker geschlossen in den Streik getreten.

Im Bezirk Halberstadt stehen 100 Arbeiter des Gutes Stern geschlossen im Streik.

Die Erwerbslosen halfen durch Massenstreikposten.

Demonstrationen in Bombay

EP. **Bombay**, 12. Januar.

Mehrere tausend Arbeiter demonstrierten heute in Bombay gegen die strengen Regierungsmaßnahmen. Im Laufe des Tages kam es zu zahlreichen heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zwei Polizisten verletzt wurden.

Wir wollen leben!

(Eisenbahnerkorrespondenz)

Halle, 4. Januar.

Unter dieser Ueberschrift und mit diesem Thema versucht die Eisenbahnerverbandsbürokratie den in offener Rebellion befindlichen Mitglieder des Einheitsverbandes in Versammlungen Märchen zu erzählen davon, wie die armen Bonzen von der Reichsbahndirektion beim letzten Lohnabbau „vergewaltigt" wurden und daß es die böse RGO ist, die die Einheitsfront der Eisenbahner und somit auch die Gewerkschaften an der „Führung eines Kampfes" gegen den notverordneten Lohnabbau verhindert.

Die Bonzen und Bönzlein bangen um ihre Posten. Nicht unbekannt ist ihnen die Stimmung, die unter den Kollegen auf allen Dienststellen der Eisenbahn herrscht. Der Bezirksausschuß des ADGB im Bezirk Mitteldeutschland bemüht sich vergeblich, in seinem Aufruf zu verschweigen, daß das „Jahr der Notverordnungen 1931" eben nur deswegen ein Jahr der Notverordnungen sein konnte, weil die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie die Brüning-Regierung bedingungslos unterstützt und die Notverordnungen bedingungslos geschluckt hat. Die Arbeiterbetrüger vom Schlage der Leipart, Scheffel und Konsorten werden mit ihrem Betrug nicht mehr durchkommen. Dazu sind die Auswirkungen der vierten Notverordnung, die die sozialdemokratischen Führer einschließlich der Gewerkschaftsführer ausdrücklich gebilligt hat, zu brutal.

Manch ein Kollege hatte es noch nicht für möglich gehalten, daß eine Schmälerung des mageren Lohnbeutels der Eisenbahner noch vorgenommen werden könne. Das unmöglich scheinende ist über die schlimmsten Erwartungen hinaus zur Tatsache geworden.

Da nach den im 6. Kapitel der vierten Notverordnung enthaltenen Bestimmungen die Lohnregelung dem Ermessen der Reichsbahngesellschaft überlassen blieb, so hat dieselbe danach gehandelt. Schon im Monat Dezember wurde der Lohn der Eisenbahner durch den Schiedsspruch um 4½ Prozent gekürzt. Jetzt sind einfach weitere 10 Prozent Lohnabbau diktiert. Noch nicht einmal die „Tarifkontrahenten", die Bürokratie des Einheitsverbandes, des ACV durften dabei „mitwirken". Diese Arbeiterverräter wurden diesmal einfach beiseitegeschoben, weil die Reichsbahnverwaltung, weil Dorpmüller die Scheffel und Konsorten nicht mehr benötigt. Jetzt erheben die Reformisten ein verlogenes Geschrei, weil sie glauben, daß die Eisenbahner vergessen haben, daß der bisher mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführte Lohnabbau viel größer war, als der jetzt durch die Notverordnung diktierte.

In welch ungeheurer Weise sich die Herabdrückung des Lebensstandards auswirkt, sieht man am besten, wenn man den Grundlohn eines Eisenbahners im Jahre 1931 vergleicht mit dem Grundlohn, der im Jahre 1932 gezahlt wird.

Der Grundlohn pro Schicht betrug am 1. April 1931 in der

Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe VI 5.64 M.
Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe V 5.73 M.
Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe III 6.63 M.

Der Grundlohn pro Schicht beträgt ab 1. Januar 1932 in der

Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe VI 4.23 M.
Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe V 4.31 M.
Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe III 5.03 M.

Der Grundlohn pro Stunde beträgt ab 1. Januar 1932 in der

Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe VI 0.51 M.
Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe V 0.52 M.
Ortsklasse A, Lohngebiet 2, Lohngruppe III 0.61 M.

Das sind die nackten Tatsachen.

Aber damit ist der Angriff gegen die Eisenbahner noch nicht erschöpft. Eine besonders große Empörung herrscht bei den Eisenbahnern über den katastrophalen Abbau der Leistungen der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse. Kranken- und Hausgeld wird nur noch auf die Dauer von 26 Wochen gezahlt, Hausgeld nur noch in Höhe des halben Krankengeldes; die Kinderzuschläge zum Hausgeld fallen alle weg. Krankengeld gibt es nicht über 26 Wochen hinaus. Krankenpflege für Familienangehörige, wozu jetzt nur noch Ehegatten

Japans Vormarsch auf Peking

Mukden, 13. Januar.

Ueber 3000 Mann der japanischen Truppen haben den Befehl erhalten, auf dem Vormarsch nach Peking in die Provinz Jehol einzumarschieren und die Hauptstadt Tschöngtö zu besetzen. Mit diesem Schritt wolle die japanische Regierung militärische Maßnahmen an der Eisenbahnlinie Tientsin—Peking vermeiden, die sich bekanntlich unter englischer Kontrolle befindet. Die japanischen Truppen werden von vier Flugzeuggeschwadern, die aus Jagd- und schweren Bombenflugzeugen bestehen, begleitet.

Um die Weltmeinung zu beeinflussen, verbreitet das japanische Oberkommando Meldungen über „Angriffe chinesischer Banditen" auf japanische Truppen in fast allen Bezirken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0001

und Kinder bis zu 16 Jahren gerechnet werden, dauert nur noch 13 Wochen. Ganz in Wegfall gekommen sind die meisten Zuschüsse für größere Heilmittel, für mechanische Hilfsmittel, für mechanische Hilfsmittel usw. Krankenhauspflege dauert höchstens noch bei Mitgliedern 26, bei Ehegatten und Kindern 13 Wochen. Das Sterbegeld wird nur noch beim Tode von Mitgliedern gezahlt und beträgt nur noch das zwanzigfache des Grundlohnes.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen, die durch Aushang den Kassenmitgliedern bekanntgegeben worden sind.

Was hat nun der Einheitsverband auf diesen Generalangriff der Dorpmüller-Direktion zu antworten? Ein am 15. Dezember erschienenes Blättchen für den Direktionsbezirk Halle, verantwortlich gezeichnet von dem satten bekannten Möller, enthält auf 8 Seiten nicht ein einziges Wort gegen die Reichsbahnverwaltung, gegen den Lohnabbau und die unglaublichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Eisenbahner. Dagegen strotzt diese Sudelschrift von Lügen und Verleumdungen über die RGO und die Kommunistische Partei. Dieses Blättchen hat unter den freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahnern eine solche Empörung ausgelöst, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sich zu diesem „Kampf" der Gewerkschaftsbonzen nur beglückwünschen kann. Eine einzige Hetze gegen die Sowjetunion, Fälschungen von Zitaten Lenins und Rosa Luxemburgs, das ist die skrupellose Art und Weise, mit der die ADGB-Bonzen von ihrem Verrat ablenken wollen.

Beispielsweise werden Zitate aus der Schrift Rosa Luxemburgs „Sozialreform oder Revolution" aus dem Zusammenhang herausgerissen und so wiedergegeben, als hätte die Genossin Rosa Luxemburg diese Worte gebraucht, als sie schon die Führerin der KPD war und nicht, wie es in der Tat der Fall ist, lange vor dem August 1914. Diese Sudelschrift der Möller-Leute hat den letzten Eisenbahnern die Augen geöffnet über die wirkliche Rolle der Gewerkschaftsführer, hat jenen, die bisher noch zweifelten, bewiesen, was die „Eiserne Front" ist, in der jetzt die „freien Gewerkschaften Platz nehmen" wollen. Wir Eisenbahner wissen, daß die Gewerkschaftsbonzen, wenn sie sich an die Spitze einer Bewegung stellen, das nur aus dem Grunde tun, um, wie Ebert im Jahre 1918 beim Munitionsarbeiterstreik, diesen Kampf abzuwürgen.

Wir Eisenbahner werden die rote Einheitsfront gegen die eiserne Front der Arbeiterfeinde, der Hindenburg- und Kapitalistenfreunde schmieden. Schon haben wir erste Erfolge. Die Bildung einer Lohnkommission auf dem Rangierbahnhof in Halle über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokraten und reformistischen Betriebsräte hinweg hat das helle Entsetzen der Eisenbahnverwaltung hervorgerufen. Schon sind die unmöglichen Dienstzeitvorschriften auf Grund dieses Vorstoßes geändert worden. Gemeinsam zusammenstehen, gemeinsam kämpfen! Das ist der Weg der Revolutionären Gewerkschaftsopposition! Ihn werden wir beschreiten durch Schaffung der roten Einheitsfront, durch Schaffung von Kampforganen in den Betrieben und auf den Dienststellen. Klare Fronten auch bei der Eisenbahn!

So handeln SPD-Minister heute!

SPD-Innenminister Meier von Baden erläßt Redeverbot für Kommunisten

(Eig. Ber.) **Karlsruhe, 12. Januar.**

Bei der Anmeldung der LLL-Feier der KPD bei der Polizeidirektion Karlsruhe wurde der KPD mitgeteilt, daß gegen Genossen Klausmann, MdL, und gegen Genossin Langendorf, MdL, seit dem 31. Dezember 1931 Redeverbot bestehe. Auf telephonischen Anruf im badischen Innenministerium erhielt die Bezirksleitung die Antwort, daß für das Redeverbot der sozialdemokratische Innenminister Meier verantwortlich sei.

Auf das Redeverbot gegen den Genossen Chemnitz, MdR, und den Genossen Eckert erfolgen somit zwei weitere Redeverbote gegen kommunistische Funktionäre. Der Verantwortliche ist der sozialdemokratische Innenminister. So sieht der Kampf der SPD-Führer gegen den Faschismus aus.

Unternehmer fordern:

„Weiterer Lohnabbau!"

Halle, 14. Janu[ar.]

Wir erwähnten gestern bereits kurz, daß ein Vertreter der Direktion der Filmfabrik Wolfen in der vergang[enen] Woche in einer Betriebsratssitzung erklärt hat, daß „dieser Lohnabbau bei weitem noch nicht genüge, u[m die] Wirtschaft wieder rentabel zu machen. Es wird weiterer Lohnabbau unumgänglich sein." Heute wird aus der H[al]burger Metallindustrie mitgeteilt, daß der Bevollmächtigte Petersen vom DMV in einer Vertrauensmännersitzung [be]richtet hat, daß die Unternehmer ab 15. Januar einen abermaligen neunprozentigen Lohnabbau un[d ab] 15. Februar einen weiteren Lohnabbau von acht Prozent fordern. Der DMV müsse den gegebenen [Um]ständen Rechnung tragen (!), man müsse vom ADGB erwarten, daß er auch ein Augenmerk auf den Preiskommissar lenkt.

Nach dem durch die Notverordnung vorgesehenen Lohnabbau stellen die Unternehmer neue Lohnabbauforderun[gen]. Denke kein Arbeiter, daß nun ein Ende sei! Der Kapitalismus ist unersättlich und rücksichtslos. Nur die Arb[eiter] selbst, die sich in jedem Betrieb zur breitesten roten Einheitsfront zusammenschließen, können ihr Brot verteidigen!

Was sagt der Preiskommissar?

Lohnabbau durchgeführt! Preisabbau sieht so aus:

Es stiegen

Roggen	vom 24. Dez. per Tonne	191,— M	bis 8. Januar per Tonne	194,— M	+ 3,–
Futtergerste . . .	vom 24. Dez. per Tonne	149,— M	bis 8. Januar per Tonne	150,50 M	+ 1,5
Kartoffeln, weiße .	vom 24. Dez. per Zentner . . .	1,45 M	bis 8. Januar per Zentner	1,55 M	+ 0,1
Kartoffeln, gelbe .	vom 24. Dez. per Zentner . . .	2,15 M	bis 8. Januar per Zentner	2,20 M	+ 0,0
Erbsen	vom 24. Dez. 100 Kilo	16,25 M	bis 8. Januar 100 Kilo	24,25 M	+ 8,–
Schweinefleisch . .	vom 24. Dez. per Zentner . . .	56,— M	bis 8. Januar per Zentner	58,50 M	+ 2,5
Kaffee	vom 24. Dez. per Zentner . . .	46,50 M	bis 8. Januar per Zentner	47,50 M	+ 1,–
Zucker	vom 24. Dez. per Zentner . . .	31,50 M	bis 8. Januar per Zentner	31,65 M	+ 0,1

Lügenmordhetze der Nazis

Halle, 14. Januar.

So wie überall, führt auch das Hallische Nazilblättchen eine unverschämte Lügenhetze über die „Rote Mordpest" durch. So berichten die berufsmäßigen Hakenkreuzschwindler von einem Mord an einem gewissen Rudolf Stelter in Berlin, der angeblich aus dem Hinterhalt von Kommunisten erschossen sein soll.

Inzwischen ist durch die Berliner Kriminalpolizei festgestellt worden, daß Stelter beim Hantieren mit einem geladenen Revolver von einem SA-Mann fahrlässig angeschossen wurde.

In der gleichen Ausgabe des Schwindelblättchens muß auf Grund einer gerichtlichen Feststellung zugegeben werden, daß eine im Oktober von dem Blättchen gebrachte Meldung aus Ammendorf, nach der Antifaangehörige einen SA-Mann niedergeschlagen haben sollen, glatt erfunden wurde. Der Nazischwindler hat seine Aussagen vor Gericht restlos zurücknehmen müssen.

Der Zweck dieser Meldungen der Lügenpresse vom Hakenkreuz ist ja nur der, die SA-Proleten gegen ihre Klassengenossen aufzuhetzen. Die Wirkung zeigt sich in den nachstehenden Meldungen, die wir kurz vor Redaktionsschluß erhielten.

Naziüberfälle auf Arbeiter in Halle

Halle, 14. Januar.

Der Polizeibericht meldet: Am 13. Januar gegen 13,30 Uhr rückte das Ueberfallkommando nach einem Grundstück im Weidenplan aus, wo zwischen Angehörigen der NSDAP und der KPD eine Schlägerei stattgefunden hatte, die beim Eintreffen des Ueberfallkommandos bereits beendet war. Nach Angaben von Zeugen hat ein Arbeiter, der der NSDAP angehört, einen anderen, den er als Kommunisten bezeichnete, angegriffen und geschlagen. Der Angreifer hat eine Verl[etzung] davongetragen und ist noch nicht vernehmungsfähig.

Gegen 23.30 Uhr entstand in der Scharrenstraße zw[ischen] etwa 20 Angehörigen der NSDAP und einzelnen vorüberge[henden] KPD-Angehörigen eine Schlägerei. Beim Eintreffen [der] Polizeibeamten ergriff ein Teil der NSDAP-Angehöri[gen] die Flucht. Vier Täter wurden festgenom[men] und dem Polizeipräsidium zugeführt. Einer der Beteiligten [trug] eine Verletzung am Kopfe davon.

IG maßregelt rote Betriebsräte

(Eig. Meldung.) **Ludwigshafen, 13. Janu[ar.]**

Die roten Betriebsräte des IG-Farbenbetriebes Lud[wigs]hafen, die Genossen Keßler und Haas, erhielten am 1[2. Ja]nuar ein Schreiben, in dem ihnen ihre fristlose Entlassung m[it]geteilt wird. Sie werden in diesem Schreiben beschuldigt, [einen] Streik gegen den brutalen Lohnabbau bei den Chemiearb[eitern] aufgerufen zu haben. Die reformistischen und christlichen Betr[iebs]räte haben der Entlassung zugestimmt. Belegschaften, schar[t euch] schützend um die roten Betriebsräte.

SPD und Ullstein loben Hitler

Das unverhüllte Einschwenken Hitlers i[n die] Hindenburg-Front, das auch trotz aller Gegenerklä[rungen] der Nazis nicht mehr abgeleugnet werden kann, hat be[i den] Brüning-Parteien helles Entzücken ausgelöst. Der Brief H[itlers] an Brüning wird — trotz der materiellen Absage — als [das] gewertet, was er wirklich ist: eine unterwürfige Zustimmun[g zur] Hindenburg-Front.

So schreibt das Ullstein-Blatt „Vossische Zeitung", [daß] der Brief (Hitlers), in Ton und Form angenehm von [dem] Hugenbergs absticht. Die besseren Manieren hat der [ehe]malige Anstreicher und nicht der frühere Geheimrat".

Und der „Vorwärts" schreibt begeistert: „Gegenüber dem [flegel]haften und unhöflichen Schreiben, das Hugenberg an den R[eichs]kanzler gerichtet hat, fällt der Brief Hitlers durch fast üb[er]triebene Höflichkeit auf."

Gegenüber diesen Liebesbeteuerungen wird Hitler wohl [nicht] mehr hartherzig bleiben. SPD und Nazis liegen sich in [den] Armen, sagen sich gegenseitig die schönsten Kompliment[e und] dienen ja beide demselben Herrn: dem deutschen Finanzka[pital.]

Der Zerfall der Brandler-Sekte

Wir berichteten vor einigen Tagen darüber, daß die [Tages]zeitung der Brandleristen ab 1. Februar zum wochenweise[n Er]scheinen übergehen wird. In der Gruppe, der die paar Ar[beiter]anhänger davonlaufen, tobt in letzter Zeit ein heftiger R[ichtungs]kampf, der am 12. Januar zum Ausschluß von Walcher, F[rölich,] Max Köhler, Enderle, Karl Frank, Rosi Wolfstein und [eini]gen anderen aus der Gruppe führte. Die Mitteilungen der „[Roten] Fahne" über die enge fraktionelle Zusammenarbeit dieser [Leute] mit Seigewasser und anderen SAP-Führern haben diese Sp[altung] beschleunigt.

Die „Ausgeschlossenen" werden in ein paar Tagen [in der] „linken" Filiale des Sozialfaschismus, be[i] Seydewitz-Rosenfeld, gelandet sein. Der Zusammenbr[uch der] parteifeindlichen konterrevolutionären Brandler-Sekte und [ihres] Organs wird sich jetzt in raschem Tempo vollenden.

Den Amsterdamern wird quittiert

Oppositionssieg bei den Berliner Lithographen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Jan[uar.]**

In der Generalversammlung der Chemigraphengruppe i[m Ver]band der Lithographen und Steindrucker hat die Oppositio[n einen] glänzenden Sieg errungen. In der von rund 1500 Mitgliede[rn be]suchten Versammlung wurde die Liste der Opposition [mit] großer Mehrheit angenommen. Gegen die Li[ste der] Opposition hatten die Amsterdamer eine eigene [Liste] aufgestellt.

Auf Antrag der neugewählten Leitung wu[rde ein] Antrag angenommen, wonach im Verband au[f ...] glieder nur ein Angestellter kommen [...]

Auf eine Beschwerde des „Angriff" hat der Rei[chs]minister Groener das Verbot der Nazizeitung ab[...] aufgehoben

Die SPD hetzte zur Ermordung Liebknechts und Luxemburgs

Morgen jährt sich der Tag der Ermordung der unvergeßlichen Vorkämpfer des deutschen Proletariats, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Am 15. Januar 1919 geschah das furchtbare Verbrechen. Die Erinnerung an Tag und Tat wird aus den Köpfen des Proletariats aller Länder nie ausgelöscht werden.

Aber was ebensowenig vergessen werden darf, ist die Schuld derjenigen, die eine Pogromstimmung gegen Karl und Rosa hervorriefen und die Atmosphäre schufen, in der die Mordtat erst möglich wurde. Das sind die SPD-Führer, die Wels, Stampfer und Co., die Liebknecht und Luxemburg aufs gemeinste infamierten, gegen sie hetzten und sie dem Blutrausch der weißgardistischen Offiziere als Zielscheibe für ihre Revolver empfahlen. Es folgen die Beweise...

„Der größenwahnsinnige Liebknecht"

„Der an Größenwahn kranke Karl Liebknecht... Würde sich aber Deutschland, nach Liebknechts krankem Willen, den alle paar Tage wechselnden Majoritäten der Maschinengewehre ausliefern, so könnten doch alle diese Gewaltexperimente wenig ändern."

(„Vorwärts" vom 9. Dezember 1918.)

„Liebknecht schlimmer als monarchistische Offiziere"

„Im Hofjäger rechnete unter stürmischem Beifall Genosse Scheidemann mit dem Spartakusklub ab. Die Einigkeit in der Arbeiterbewegung sei nach der Revolution sofort wieder von denen gestört worden, die in der Einbildung leben, dem deutschen Volke russische Zustände aufzwingen zu können. Die Spazierfahrten Liebknechts und Rosa Luxemburgs mit Maschinengewehren, die bolschewistischen Gewalttaten in Neukölln und Mariendorf ziehen den Abwehrgedanken im Bürgertum groß. (Ein Spartakusmann ruft dazwischen: „Schützer des Kapitals!")

Die Dummenjungenstreiche (konterrevolutionäre Verschwörungen! Die Red.) gewisser Offiziere seien ein Kinderspiel gegenüber dem Unfug der bolschewistischen Hanswurste. Die deutsche Arbeiterschaft lasse sich nicht von zwei verrückten Leuten malträtieren und am Narrenseil herumführen. Die russischen Bolschewisten müßten sich schämen, noch als Sozialisten gelten zu wollen, wo sie täglich schießen und hängen lassen."

(„Vorwärts" vom 16. Dezember 1918.)

„Liebknecht und Rosa Luxemburg beschmutzen die Revolution"

Als das revolutionäre Berliner Proletariat in ungezählten Massen am 29. Dezember die Opfer der Matrosenkämpfe zu Grabe trug, forderte die Sozialdemokratie zu einer Demonstration auf durch ein Flugblatt, dessen schamlose Lügen alles übergipfelt, was man sich bisher in dieser Richtung geleistet hatte. Es hieß darin: „Das schändliche Treiben Liebknechts und Rosa Luxemburgs beschmutzt die Revolution und gefährdet alle ihre Errungenschaften. Keine Minute länger dürfen die Massen ruhig zusehen, wie diese Gewalttäter und ihr Anhang die Tätigkeit der republikanischen Behörden lahmlegen, das Volk immer tiefer in den Bürgerkrieg hetzen, das Recht der freien Meinungsäußerung mit schmutzigen Fäusten erwürgen."

*

Drei Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, und die klassisches Zeugnis dafür ablegen, wie die Sozialdemokratie kaltblütig auf das blutige Attentat hinarbeitete, so wie sie auch heute alle Anschläge der herrschenden Klasse gegen das Proletariat vorbereiten und durchführen hilft. Nein, nicht nur die Schießhelden Pflugk-Hartung, Vogel, Liepmann, Runge waren die Mörder. Das Kainszeichen der Mordtat steht auch auf den Stirnen derer, die die Sozialdemokratie führen.

Das dürfen auch die sozialdemokratischen Arbeiter nicht vergessen, und sie dürfen auch nicht vergessen, daraus Schlüsse zu ziehen. Mit den Mordhetzern gegen Karl und Rosa darf kein SPD-Arbeiter auch nur organisatorische Gemeinschaft haben wollen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0002
DFG

„Die Stunde der Repressalien schlägt"

Frankreich zieht Reichsbankkredit zurück — Brüningregierung auf dem Wege der Unterwerfung

Die französische Regierung hat die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage mit der offenen Ankündigung von Repressalien beantwortet. Daraufhin sieht sich die Brüningregierung veranlaßt, schon jetzt den Rückzug zu skizzieren. Die Telegraphen-Union verbreitet eine Mitteilung „von zuständiger Stelle", in der es heißt, daß es sich bei dem Interview des Reichskanzlers über die Tribute, nicht um eine Aufkündigung der Verträge im Sinne der Zerreißung des Youngplanes handelt, sondern um eine Aeußerung (wie sie ja auch der französische Ministerpräsident Laval gemacht hat), welche Stellung die deutsche Reichsregierung auf der Lausanner Konferenz zu der Frage der Tribute einzunehmen gedenke."

Inzwischen haben sich die erbitterten Gegensätze in der Kreditfrage und Tributfrage weiter zugespitzt. Auf der Baseler Sitzung des BIZ. (Bank für internationalen Zahlungsausgleich), die mit der Frage der Verlängerung des am 4. Februar abgelaufenen 100-Millionen-Dollarkredits der Reichsbank befaßte, erklärte der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, daß Frankreich auf keinen Fall einer Verlängerung dieses Kredits vor den 4. März, d. h. über einen Monat nach dem Fälligkeitstermin hinaus zustimmen werde.

Der Verwaltungsrat der BIZ. hatte bekanntlich beschlossen, den Kredit nur unter der Bedingung zu verlängern, daß die Notenbanken von England, Frankreich und Amerika, die mit je 25 Millionen Dollar an dem Kredit beteiligt sind, ebenfalls einer Verlängerung zustimmen. Dieser Beschluß wird durch die Erklärung Morets hinfällig, und damit werden wenigstens 50 Millionen Dollar, d. h. der französische Anteil und der Anteil der BIZ. fällig. Einige englische Blätter kündigen im Falle der endgültigen Zurückziehung dieses Kredits einen völligen Zusammenbruch der deutschen Finanzen und der Devisenbewirtschaftung an.

Gleichzeitig kommt aus Paris die Meldung, daß die englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage zusammengebrochen sind. Der englische Delegierte Sir Leith-Ross ist bereits nach London abgereist. Eine Einigung kam nicht zustande, da England im Interesse seiner Privatkredite ein längeres Moratorium vorschlägt, während Frankreich hartnäckig darauf besteht, daß der ungeschützte Teil der Reparationen unter allen Umständen gezahlt wird und ein dreimaliges Moratorium für den übrigen Teil möglichst kurz befristet sei.

★

Die durch die Brüningerklärung wachgerufene chauvinistische Pressekampagne in Frankreich nimmt immer schärfere Formen an. Die Zeitung „Liberté" jubelt auf die Nachrichten aus Basel hin: „Die Stunde der Repressalien hat geschlagen" und die ganze französische Bourgeoispresse ohne Ausnahme stößt in dasselbe Horn.

Der Vorsitzende der „Radikalen" Partei und ehemalige Ministerpräsident Herriot, ein „Pazifist" nach dem Herzen des „Vorwärts", erklärte in einem Interview: „Ich kann nicht zulassen, daß die Deutschen, nachdem sie den Versailler Vertrag, den Dawes- und den Youngplan unterzeichnet und formal Verpflichtungen übernommen haben, diese zu umgehen suchen. Unerschütterliche Achtung vor den Verträgen, das ist meine Parole. Ich kann nicht zulassen, daß Deutschland sich dauernd seiner Verpflichtungen entzieht. Wir befinden uns Leuten gegenüber, die zahlen können und hätten zahlen können, die aber nicht zahlen wollen."

Urteil im Brester Prozeß

Warschau, 12. Januar. 50 Tage hat in Brest der Prozeß gegen die sechs Sozialdemokraten und fünf Bauernparteiler gewährt, die den Scheinkampf gegen Pilsudski geführt haben. Heute wurde das Urteil gegen die folgenden sechs Sozialdemokraten und vier Bauernbündler gefällt:

Liebermann 2½ Jahre, Barlicki 2½ Jahre, Pragier 3 Jahre, Dubois 3 Jahre, Ciołkoß 3 Jahre, Maßek 2½ Jahre, Witos 1½ Jahre, Kiernik 2½ Jahre, Baginski 2 Jahre, Putek 2 Jahre Kerker.

Der elfte Angeklagte, der Bauernparteiler Sawicki, wurde freigesprochen.

Wie wenig es diesen Leuten um den wirklichen Kampf gegen Pilsudski zu tun war, geht noch daraus hervor, daß sie alle in ihrem Schlußwort betont haben, daß sie den Kampf gegen das herrschende System nur mit legalen Mitteln führen wollen.

Entwaffnung der Arbeiter im „roten" Wien

Eine faschistische Aktion mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteiführung

Wien, 13. Januar. Die Wiener Polizei drang in der Nacht zum 12. Januar in das sozialdemokratische Arbeiterheim Ottakring (größter Wiener Arbeiterbezirk) ein und führte dort eine Revision durch, wobei ihr, nach amtlicher Meldung, mehr als 1000 Gewehre, Bestandteile von zehn Maschinengewehren und eine große Anzahl anderer Waffen in die Hände fiel. Die Polizeiaktion erregte im Bezirk und in ganz Wien unerhörtes Aufsehen. Vor dem Lokal sammelten sich während der Polizeiaktion tausende Arbeiter an, die gegen die Polizei demonstrierten. Um die erregten Arbeitermassen zu beruhigen, erließ die Sozialdemokratische Partei am Morgen des folgenden Tages einen Aufruf, in dem sie die Arbeiterschaft zur „Ruhe und Besonnenheit" mahnt.

Erst vor kurzem fand in Graz der Prozeß gegen die Heimwehrleute statt, die am 13. September vorigen Jahres den Putsch durchgeführt hatten. Alle wurden freigesprochen. Nach wie vor demonstrieren die Heimwehrleute mit der Waffe in der Hand, wobei sie die tatkräftigste Unterstützung der Gendarmerie und aller anderen Behörden genießen. Die Aktion gegen die Arbeiterschaft ist eine Folge der Entwaffnungsaktion, die seinerzeit schon die Regierung im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Parteileitung durchgeführt hatte. Bis zum Mai 1927 befanden sich im Besitz der österreichischen Arbeiterschaft große Waffenmengen. Am 17. Mai 1927 wurden diese Waffenmengen, einer Vereinbarung zwischen der sozialdemokratischen Parteiführung und dem Kriegsminister Vaugoin gemäß, an die Regierung ausgeliefert. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß auch diese Waffenbeschlagnahme nicht gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteiführer erfolgt ist. Denn die Sozialdemokraten fürchten nichts so sehr als Waffen in der Hand der Arbeiter.

Im Laufe der letzten Zeit hat die Regierung Buresch, die jetzt die Entwaffnungsaktion durchführt, eine große Reihe von Gesetzen mit Zustimmung der Sozialdemokratie durchgeführt. Der „linke" Austromarxismus betreibt in anderer Form und unter anderen Bedingungen die gleiche „Tolerierungspolitik" wie die SPD.

Charbin umzingelt

Mukden, 13. Januar. Charbin ist von den im Süden und Norden anrückenden japanischen Truppen bereits umzingelt.

Die Weißgardisten in Charbin haben die Forderung gestellt, daß neben der Chinesischen Polizei eine Polizeitruppe aus russischen Weißgardisten gebildet wird.

Der japanische Kriegsminister hat Pressevertretern gegenüber erklärt, daß eine Einstellung der Kriegsoperationen in China nicht in Frage komme. In der Mandschurei sollen ständige japanische Garnisonen gebildet werden.

Die japanische Admiralität beabsichtigt, Port Arthur wieder als Flottenstützpunkt gegen etwaige Angriffe Amerikas oder Englands einzurichten. Ein besonderer Ausschuß ist nach Port Arthur entsandt worden, um die Lage zu studieren und Pläne zu entwerfen.

Bei Kintschau kam es zu Kämpfen zwischen versprengten chinesischen und japanischen Truppen.

Demonstrationen in Bombay

EP. Bombay, 12. Januar. **Mehrere tausend Arbeiter demonstrierten heute in Bombay gegen die strengen Regierungsmaßnahmen. Im Laufe des Tages kam es zu zahlreichen heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zwei Polizisten verletzt wurden.**

In Ahmedabad wurde eine Massenversammlung von der berittenen Polizei mit Stöcken zerstreut. 50 Personen wurden verletzt und 30 Frauen festgenommen.

Der Streik im Londoner Hafen

London, 13. Januar. Infolge des Streiks der Schauerleute wird der Londoner Hafen mehr und mehr stillgelegt. Die Arbeit ruht vollkommen in den Surrey Docks, der Cannonwerft und der Colonialwerft. Die Hafenarbeiter, die die Fruchtschiffe in den East-India-Docks löschen, traten gestern gegen einen Lohnabbau von 10 Pence und für eine besondere Zulage von 5 Schilling bei Löschung von Früchten in den Streik. Die in den Kühlhäusern der Londoner Fleischmarkthallen beschäftigten Arbeiter, die ebenfalls durch die Forderung der Unternehmer der Hafenbetriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden, legten gestern die Arbeit nieder.

Der „Rat" der Gewerkschaftsbürokratie in den Versammlungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde von den Arbeitern mit Verachtung abgelehnt.

Arbeitslosenkämpfe in Holland

Amsterdam, 13. Januar. In mehreren holländischen Ortschaften haben sich Arbeitslosenkämpfe ereignet, insbesondere in Groningen. Eine größere Anzahl Personen wurde bei Zusammenstößen mit der Polizei verletzt.

Der spanische Arbeitsminister schätzt die Zahl der Arbeitslosen in Spanien auf 500 000.

3000 Arbeiter in Paris verhaftet

Paris, 13. Januar. Bei der am Nachmittag des 12. Januar erfolgten Eröffnung der Pariser Kammer fanden vor dem Palais Bourbone (französisches Parlament) große Arbeitslosendemonstrationen statt. Die Demonstration stand unter kommunistischer Führung. Die Polizei hatte große Vorbereitungen getroffen und alle Zugänge zum Palais Bourbone abgesperrt. Auf verschiedenen Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Polizeiaktion wurde vom Polizeipräsidenten Chappes geleitet, in dessen Begleitung sich der Berliner Polizeipräsident Grzesinski befand. Insgesamt wurden im Laufe des Nachmittags 3000 Arbeiter verhaftet.

A. SCHARRER

Der große Betrug

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

10. Fortsetzung.

„Ja. Und es sind keine Dreher auf dem Nachweis. Sie können die dritte Schicht nicht zusammenbringen."

„Laßt ihnen doch den Dreck liegen. Sollen erst was zu fressen anschaffen, ehe sie noch Ueberstunden verlangen!"

Albert verfolgte prüfend, wie Margot die Kartoffeln in die Pfanne schnitt. Ob sie nicht ahnte, daß er das alles doch auch für sie tat? Es tat, um endlich wieder auf einen „grünen Zweig" zu kommen?

„Arbeitest du denn nun jeden Tag länger?" fragte Margot weiter.

„Vorderhand ja." Alberts Antwort klang bestimmt und gereizt. Margot musterte ihn mit einem flüchtigen Blick. Ob er nicht wußte, daß das sinnlos ist?

„Komisch, das alles", fuhr Albert fort. „Da rennt man sich die Hacken ab nach Arbeit, sorgt und macht, um wieder auf die Beine zu kommen, und alles ist nicht recht, nur, weil man einmal nicht pünktlich zum Essen da ist." Er warf die Zeitung wütend auf den Tisch. „Brauchst gar keine Kartoffeln mehr braten. Ich bin schon satt!" Er stand auf und ging in die Stube.

Margot folgte ihm. Albert saß da, als erdulde er quälende Schmerzen. Die gelbe Farbe seines Gesichts leuchtete unheimlich durch die schwarzen Bartstoppeln in die Dämmerung. Seine Hände lagen schlaff und schwer auf seinen Knien.

Margot näherte sich ihm: „Warum regst du dich denn so auf? Darf man denn gar nicht mehr fragen?"

Albert sah an ihr dach. „Nun ja, ein solcher Empfang, wenn man abgerackert nach Hause kommt", stotterte er. — „Hat Herbert wieder Dummheiten gemacht, oder hast du dich über das Mädel geärgert?"

Margot begann zögernd von ihren zerschellten Hoffnungen zu berichten. „Unsereins darf aber nicht den Mund aufmachen", protestierte sie, „sonst ist gleich der Teufel los."

Hilde ging fort. Herbert setzte sich in die Stube und machte seine Schularbeiten. Albert und Margot gingen wieder in die Küche. Albert aß schweigend. Margot hatte recht.

Ihre unter unsäglichen Mühen zusammengestoppelten Kartoffeln waren nur Futter für Arbeitstiere, von denen die Herren den Nutzen hatten.

★

„Kollegen! Jetzt erfüllt sich die Tragik einer halben Revolution. Jetzt spüren wir es am eigenen Leibe.

Wir werden gehetzt von Akkordpressen, die während der Arbeit in nichts zerflattern. Bis wir unsern Lohn in die Hände bekommen, ist er nur noch ein Trinkgeld. Unsere Kinder sterben hin wie die Fliegen, unsere Frauen magern zu Skeletten ab, nur, damit wir nicht an der Maschine umfallen. Wenn wir diese Zustände länger dulden, begehen wir ein Verbrechen. Für die Turbinen, die wir für das Ausland bauen, stecken die Herren die Dollars ein, und wir schuften Tag und Nacht für einen Katzendreck. Worauf warten wir denn noch? Bis uns die gottversuchten Hunde vollständig niedergetrampelt haben? Bis wir die Nase nicht mehr aus dem Dreck hochheben können? Worauf warten wir eigentlich noch?! —"

Der Redner steht mitten in der Versammlung, mit geballten Fäusten. Die Haare hängen ihm wirr im Gesicht. Sein „Sträflingsanzug" — der volkstümliche Name für die minderwertigen Zivil-Entlassungsanzüge gemeiner Frontsoldaten — hängt ihm wie ein Sack am Leibe.

„Streik! — Generalstreik!"

„Sehr richtig. Nieder mit den Volksausplünderern!"

Ein erbitterter Kampf um die Tagesordnung war entbrannt. Auch Albert war davon gepackt. Ja, so ist es. Der hat recht! Das mit den Frauen und Kindern, das ist wahr. Diese Hunde!

Aber Streik? Was hilft der Streik? Der Ausgang ist immer ungewiß. Wieder herausfliegen, die Arbeit an der Turbinenbank verlieren. Wieder herumsuchen, von einer Fabrik zur andern. Lieber an Revolver- oder Wellenbänken schuften, für noch weniger Geld?

Nun griff der Betriebsrat wieder ein:

„Ich muß gegen die Ausführungen des Kollegen Wacker protestieren, und zwar in aller Form!"

„Hört, hört! — Hast wohl Angst um deinen Posten?"

„Laut Betriebsrätegesetz dürfen hier nur Betriebsangelegenheiten erörtert werden. Der Referent, Kollege Schumann, ist nun erschienen."

„Denkst, der wird uns schon einseifen!"

Schumann sah sich einige Male prüfend um, als er durch den Saal ging. Dann legte er seine Aktentasche auf den Tisch und verständigte sich mit dem Betriebsrat.

„Der Kollege Schumann hat das Wort."

Dieser entschuldigte sich wegen der Verspätung. Er tat dies in gesetzten, gewählten Worten. Er sah aus, als sei er müde. Und nach seinen Ausführungen war das kein Wunder.

Von einer Sitzung zur andern, den ganzen Tag, die ganze Woche sich herumschlagen mit hartgesottenen und gerissenen Direktoren; das ist nicht so einfach. „Das ist schwerer, Kollegen, als sich hier hinzustellen und mit dem Generalstreik um sich zu werfen — mit dem Maulwerk. Wenn das alles so einfach wäre, Kollege Wacker, dann brauchten wir Dich bestimmt nicht dazu!"

Schumanns Müdigkeit schien mit einem Schlage verschwunden. Er war wie umgewandelt. Aber der Versuch der Verblüffung gelang nur zum Teil.

„Deine Roßtäuscherkniffe kennen wir, Du Fatzke!" schrie einer aus der Versammlung, just, als der Krach Raum ließ, diesen Zwischenruf wirksam dazwischen zu pfeffern. Es ist ein seltsam Ding, so ein Zwischenruf. Das mit dem „Roßtäuscherkniff" übertrumpfte. Und das mit dem „Fatzke" auch. Die Proleten kannten Wacker. Der stand für seine Worte, hat nie sein Leben geschont und seine Finger waren rein. Und als Wacker nun auf einen Stuhl kletterte, wurde es auffallend still.

Er war blaß, aber gefaßt. Und er sagte nur einen Satz in die Stille hinein, und sah Schumann starr dabei an:

„Schumann!" sagte er, „wenn Du Deine Jesuitenkniffe nicht läßt, komm' ich 'rauf und hau' Dir in die Fresse. Merk Dir das!"

Schumann lächelte, aber er nahm diese Ankündigung offenbar verdammt ernst. Er protestierte nicht einmal, sondern überließ das dem Versammlungsleiter, der dies mit wenig Erfolg tat. „Reg' Dir doch nich auf!" riefen einige. — „Der kann ja seine schnodrigen Redensarten unterlassen! — Der Affe!"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0003

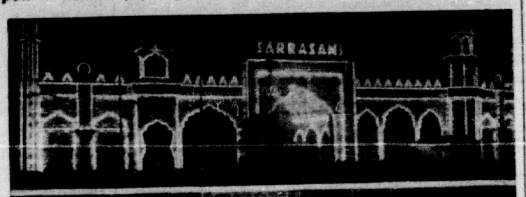
Rund um den Erdball

Großfeuer im Zirkus Sarrasani

Zwölf Elefanten verbrannt

Schreckensszenen in Antwerpen — Brandstiftung aus nationalistischer Verhetzung?

Brüssel, 13. Januar. Am Mittwoch früh zwischen 3 und 4 Uhr brach in einem Nebenbau des zur Zeit in Antwerpen gastierenden deutschen Zirkus Sarrasani Feuer aus, das eine Stallung vernichtete, in der Elefanten und ein größerer Teil der Kostüme untergebracht waren. Zwölf Elefanten kamen im Feuer um oder erlitten zum Teil schwere Verletzungen.



Oben: Eingang zum Zirkus. Unten: Ein Teil der verbrannten Elefanten

Die Antwerpener Polizei prüft zur Zeit die Frage, ob das Feuer im Zirkus Sarrasani angelegt worden ist. Man neigt zu dieser Annahme, da die Direktion des Zirkus am Dienstag abend eine Postkarte erhielt, auf der ein Unbekannter ankündigte, daß das „Boche"-unternehmen vernichtet werden solle. Das lange Ausbleiben der Feuerwehr wird damit erklärt, daß nach belgischem Recht zuerst immer die Feuerwehr eingesetzt werden muß, die für den Brandort zuständig ist. Der Zirkus steht aber auf Berchemer Gebiet. Die Antwerpener Feuerwehr konnte also erst nach Zustimmung des Antwerpener Oberbürgermeisters eingesetzt werden.

Zu dem Brand im Zirkus Sarrasani ist ergänzend zu melden, daß der Zirkusfeuerwehr bei den Löscharbeiten zunächst nur die Ortsfeuerwehr von Berchem zur Seite stand. Die Direktion des Zirkus erbat auch die Hilfe der Antwerpener Feuerwehren, die jedoch nicht rechtzeitig erscheinen konnten, da sie vom Bürgermeister von Berchem keine Aufforderung erhalten hatten.

Ausgebrochen ist das Feuer in der Garderobe. Es griff dann mit großer Schnelligkeit auf das Elefantenzelt und auf ein Zelt über, in dem die Pferdesättel aufbewahrt wurden. Das gesamte Personal des Zirkus und inzwischen eingesetzte Pionieretruppen konnten nach anstrengender Tätigkeit einige Ordnung in das Durcheinander bringen. Mehrere Elefanten rissen sich los und rennten in wildem Schrecken durch die Stadt.

Es gelang jedoch schließlich, den größten Teil der Tiere in Sicherheit zu bringen. Auch die Löwen, die in dem angrenzenden Zelt untergebracht waren, konnten gerettet werden. Nach dreistündigen Löscharbeiten war das Feuer auf seinen Herd beschränkt.

Verbrannt sind Tausende von zum Teil sehr wertvollen Kostümen, zahlreiche Sättel usw. Der Zirkus besitzt nach dem Brande kaum noch ein Zaumzeug für die Pferde. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden, der allein durch die Vernichtung der Kostüme entstanden ist, wird auf über 400 000 Mark geschätzt. Wahrscheinlich wird der Zirkus das Gastspiel in Belgien abbrechen müssen.

Die Meldung, daß hier ein Akt nationalsozialistischer Verhetzung vorliegt, ist für uns nicht verwunderlich. Die systematische Propaganda der Chauvinisten hüben und drüben muß sich ja, wie die Geschichte der letzten Jahre lehrt, hin und wieder in derartigen Wahnsinnstaten entladen. Ein Glück nur, daß diesmal dabei kein Menschenleben zu beklagen ist.

In der Todeskurve

Wieder sind der barbarischen bürgerlichen Sportsensation einige Menschenopfer dargebracht. Der Bob „Poitz" rast auf der Schreiberhauer Bahn im ersten Lauf um die „Deutsche Bobmeisterschaft" in die Zuschauermenge. Zwei Tote und 25 Verletzte blieben auf der Strecke. Mit welch ungeheurer Geschwindigkeit der Bob fuhr, zeigt das rechte Bild, in dem die Zuschauer schon fast vom Bob erfaßt sind, jedoch noch nicht die Gefahr erkannt haben und unbekümmert stehenbleiben!

Vater und Sohn ertrunken

Stettin, 13. Januar. Am Dienstag nachmittag brach in Kallies (Kreis Dramburg) der sechs Jahre alte Sohn des Musikers Hollatz mit seinem Rodelschlitten auf dem Eise des Mühlenteiches ein. Der Vater wollte den verunglückten Knaben retten und ließ sich eine Leine um den Körper binden. Die Leine löste sich aber und Vater und Sohn ertranken. Die Leichen des Kindes und des Vaters, der außer seiner Frau noch vier kleine Kinder hinterläßt, konnten geborgen werden.

Gerettet . . .

Vier Kumpels des „Roter Stollen" heil und gesund

Kassel, 13. Januar. Die am Dienstag bei dem Grubenunglück auf der Braunkohlenzeche „Roter Stollen" bei Kassel eingeschlossenen vier Bergleute sind nach schwierigen Rettungsarbeiten geborgen worden.

Verzweiflungsaktion im Erziehungsheim

Vier Zöglinge geflüchtet — sechs verhaftet

Neppen (Mark), 13. Januar. Bei der Verhaftung eines Zöglings, der angeblich Diebstähle begangen hatte, kam es in dem Erziehungsheim Sechof bei Neppen zu schweren Auseinandersetzungen. Die 37 Zöglinge, die in der Anstalt untergebracht waren, rotteten sich in ihrer Verzweiflung zusammen, schlugen Fenster und Türen ein und demolierten die Einrichtung.

Ehe die Polizei eingreifen konnte, hatten vier Insassen die Flucht ergriffen. Die Polizei stellte dann die bekannte Ruhe und Ordnung wieder her und verhaftete sechs „Rädelsführer", von denen zwei im Verlauf der Auseinandersetzungen verletzt worden waren.

25 Jahre seines Lebens ins Zuchthaus

Ein- und Ausbrecher Soika erneut verurteilt

Oppeln, 13. Januar. Vor dem Oppelner Schöffengericht stand am Dienstag der weit über Oberschlesien hinaus bekannte Ein- und Ausbrecher Eduard Soika, der noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hat.

Im Oktober 1930 war Soika aus dem Zuchthaus Groß-Strehlitz ausgebrochen und hatte, nachdem er aus dem Polizeiverhäuschen in Gogolin größere Mengen Sprengstoff gestohlen hatte, den bekannten Einbruch in das Oppelner Versorgungsamt verübt und kurze Zeit darauf in Kattern bei Breslau einen Kassenschrank gesprengt und schließlich seiner Tätigkeit mit dem aufsehenerregenden Postraub in Bottrop die Krone aufgesetzt.

Vor dem Oppelner Schöffengericht hatte er sich jetzt wegen des Sprengstoffdiebstahls in Gogolin zu verantworten. Wegen der übrigen Straftaten ist bereits Verurteilung erfolgt. Soika, der im Jahre 1905 geboren ist, hat bisher fast 25 Jahre Zuchthaus erhalten. Er gab gleich zu Beginn der Verhandlung den Sprengstoffdiebstahl zu und legte im übrigen keinen Wert auf seine persönliche Verteidigung. Er versuchte nur, seine beiden Mitangeklagten, denen Beihilfe vorgeworfen wurde, zu entlasten.

Das Urteil lautete gegen Soika wegen schweren Rückfalldiebstahls und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz auf drei Jahre Zuchthaus, die mit den übrigen Strafen zu einer Gesamtstrafe zusammengezogen werden sollen. Die beiden Mitangeklagten wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Gotthard-Strecke verschüttet

Auf der Azenstraße am südlichen Ende des Vierwaldstätter Sees zwischen Sisikon und Fluelen hat ein Erdrutsch die Gotthard-Eisenbahnstrecke und die Azenstraße verschüttet.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Klimawechsel und Epidemien

Die „geheimnisvolle" 7 in der Wissenschaft

Die unbeständige Jahreszeit der letzten Wochen hat zu einem Anschwellen der Grippefälle geführt, ohne daß es in Berlin oder anderen Orten Deutschlands bisher zu einer größeren Grippeepidemie gekommen wäre. Wenigstens ist darüber noch nichts berichtet worden. An sich gibt es ja jedes Jahr um diese Zeit kleinere Grippeepidemien. Allerdings ist deren Heftigkeit ganz verschieden. In aller Erinnerung sind noch die Epidemien von 1917 bis 1919, die ihren Höhepunkt im Winter 1918 fand und die Epidemie von 1925 bis 1926. Viele Tausende vornehmlich jugendlicher Personen der werktätigen Bevölkerung wurden als Opfer dieser früher meist als harmlos bezeichneten Erkrankung dahingerafft. Ärzte und Sanitätsbehörden standen der Krankheit, deren Heftigkeit niemand auch nur annähernd voraussagen hatte, wehrlos und unvorbereitet gegenüber. Die späteren deutschen Epidemien waren sehr viel harmloser, wenn sie auch noch genug Opfer unter der ausgehungerten, körperlich geschwächten werktätigen deutschen Bevölkerung forderten.

Ja, die letzten Epidemien konnten gar nicht so heftig sein, denn die Erfahrung lehrt, daß nur in gewissen regelmäßig sich wiederholenden Zeitabständen derartig gefährliche Seuchenzüge über einzelne Erdteile dahingehen. Eingehende Untersuchungen, die der sowjetrussische Forscher Tschischewski über die Wechselbeziehung zwischen den klimatischen Verhältnissen und der Cholera- und Grippeepidemien vorgenommen hat, zeigen, daß ein Zusammenhang zwischen der Sonnentätigkeit, die ja unser Klima direkt beeinflußt, und den Epidemien besteht. Je stärker die Sonnentätigkeit ist (Tschischewski hält sich dabei an die Beobachtung über das Auftreten von Sonnenflecken), desto heftiger breiten sich die ansteckenden Krankheiten aus. Der Durchschnitt zwischen den einzelnen Epidemien beträgt nach dieser Berechnung 11,2 Jahre.

Seine Beobachtungen werden durch die Geschichte der Seuchen und ihrer Bekämpfung in den letzten 500 Jahren im wesentlichen bestätigt, wenn auch in der Auffassung Tschischewskis noch einige Lücken klaffen. Offenbar hängt außer von einem äußerlichen, durch die Sonne bedingten klimatischen Einfluß, die Heftigkeit einer jeden Epidemie auch noch von einem dem Krankheitserreger selbst innewohnenden, bisher noch nicht bekannten Faktor ab.

Da die bürgerliche Medizin und Naturwissenschaft, die in ihren Forschungsergebnissen seit längerer Zeit schon nicht vorwärts kommt, heute mehr denn je auf die Mystik, auf das „Unerklärliche, Unfaßbare, Geheimnisvolle" zurückgreift, so werden auch jetzt von deutscher Seite wieder Versuche unternommen, die exakten Forschungen Tschischewskis mit derartigem Aberglauben zu verbrämen. Die Zahl „7" taucht auf, der ja unter dem Einfluß ihrer Priester und alter Klatschweiber unwissende Menschen schon seit jeher eine besondere Bedeutung beimaßen. Der Abstand der einzelnen Epidemien voneinander, so hat ein „gelehrter" Kopf errechnet, beträgt immer 7 Jahre oder ein Vielfaches davon. Jedenfalls ist die Jahreszahl zwischen zwei Seuchenzügen immer durch 7 teilbar. Und um seiner Theorie Wahrscheinlichkeit zu gewähren, hat er herausgefunden, daß schon in der biblischen Geschichte 7 fette und 7 magere Jahre erwähnt werden, daß die Heuschreckenplage nur alle 7 Jahre aufträte, daß der Wisent, das große aussterbende, dem Rind verwandte Tier in nordischen Wälder, nur alle 7 Jahre ein Junges bekommt und daß der Mensch alle 7 Jahre eine Erneuerungsperiode durchmacht.

Ohne daß die periodische Wiederkehr der Seuchen bestritten werden kann — denn sie ist einwandfrei bewiesen —, kann man doch mit Sicherheit sagen, daß die Hereinziehung der „Unglückszahl 7 in dieses System nichts als blanker Humbug ist. Der Wechsel des Klimas, der alle 32 bis 37 Jahre (im Mittel also 5 mal = 35! also!) ist, hängt von der Oberflächen- und Kernbeschaffenheit der Sonne und den Faktoren ab, die wiedrum die Sonne beeinflussen. Nach den bisherigen Beobachtungen kann man jedenfalls sagen, daß der Klimawechsel, der ja in regelmäßigen Abständen wärmere Winter und kältere Sommer bringt, ebenfalls einer, wenn auch nur langsam zu Tage tretenden Veränderung unterliegt.

Nach den Berechnungen der Epidemieforscher ist im nächsten Winter, also 1932/33, eine ganz besonders heftige Grippeepidemie zu erwarten. Da aber andererseits die Meteorologen und die Klimaforscher voraussagen, daß dieser Winter sehr streng sein wird, und Kälte für die Ausbreitung der Epidemie hemmend wirkt, so stehen sich zwei verschiedene Auffassungen gegenüber. Die Unklarheit über Ursache, Ausbreitung und periodisches Auftreten der großen Seuchenzüge wird solange nicht behoben werden, als sich die Wissenschaft nicht freimachen kann von mystischem Aberglauben. Da dieser aber ein wesentlicher Faktor der modernen bürgerlichen Wissenschaft ist, so wird man die Ergebnisse der exakten, durch nicht [illegible] vom Staate geförderten Sowjetwissenschaft auch [illegible] diesem Gebiete abwarten müssen.

Dr. Swienty

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Kampel, die Politik der Bergarbeiterführer ist dein Untergang!

Der ADGB hat im Jahre 1930 über eine halbe Million freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter verloren. Der Deutsche Metallarbeiterverband allein über 84 000 Mitglieder! Die Zahl der aus dem Bergbau-Industriearbeiterverband ausgetretenen Bergarbeiter verschweigt die Husemann-Bürokratie. In einem Schreiben des Hauptvorstandes an die Ortsverwaltungen wird nicht die Zahl der noch vorhandenen Mitglieder mitgeteilt. Aber es ist aus den Beitragseinnahmen zu ersehen, welcher Mitgliederschwund vorhanden ist. Derselbe wird nur vom 31. Dezember 1930 bis zum 31. März 1931 angegeben und beträgt über 8000 Mitglieder!

Die monatliche Durchschnitts-Beitragseinnahme betrug noch im Jahre 1930 eine halbe Million Mark und im Jahre 1931 nur noch 350 000 Mark. Auf Grund dieses Niedergangs erklärt die Husemann-Bürokratie, die sich auf dem Verbandstag in Magdeburg die Gehälter um 12 Prozent erhöhen ließ: die Unterstützungssätze für Erwerbslose müssen herabgesetzt werden!

Irgendwelche Zahlen über gezahlte Streikunterstützung sind in dem Bericht nicht zu finden, da ja Husemann an der Spitze der Bürokratie den Kampf der Arbeiter abwürgte, als diese gegen den Lohnabbau kämpften. Nachfolgende Zahlen kennzeichnen den Bergarbeiterverband als Unterstützungsverein und staatserhaltende Organisation zur Entlastung des sozialen Gesetzgebers im kapitalistischen Staat.

An Erwerbslosenunterstützung zahlte der Bergarbeiterverband:

In den ersten vier Monaten des Jahres 1930 über 750 000 M.
In den ersten vier Monaten des Jahres 1931 über 1 415 000 M.

Doch kommt dann in dem Rundschreiben die verlogene Phrase und Demagogie, um die Bergarbeiter weiter einzuseifen. Es heißt:

„Wir müssen damit rechnen, daß der Verband im Jahre 1931 von drei Millionen seines Vermögens zurückgeht, wenn die Dinge ihren Lauf so weiter nehmen. Unser Verband aber ist eine Massenorganisation, eine Kampforganisation und soll es auch bleiben. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Kampffonds nicht geschwächt wird. Denn wir wissen nur zu gut, daß unsere Unternehmer im Bergbau darauf warten, dem Bergarbeiter den Lohn- und Arbeitsverdienst um 20—30 Prozent zu kürzen, wenn wir nicht eine schlagkräftige Organisation (!) haben. Damit der Verband, wenn die Unternehmer einen solchen Versuch machen sollten, noch schlagfertig ist, waren diese beschlossenen Unterstützungskürzungen notwendig." (!)

Jetzt, Kumpel, entscheide du. Frage die Gewerkschaftsführer, was sie haben sie getan, als Unternehmer und die Regierung den Lohn gekürzt haben?

Wir sind in der Lage, dir einen Auszug aus einem weiteren Rundschreiben der Bergarbeiterverbandsbürokratie zu unterbreiten. Dasselbe stammt von dem Bergarbeiterverbandsbonzen Grafe aus Zeitz. In ihm wird mitgeteilt, daß am 19. Dezember Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stattgefunden haben, die gescheitert seien.

Die Bürokratie ist nach dem Bauchrutsch Husemanns zu Stegerwald, um die Lohnsenkung nicht durchzuführen, auch bei den Grubengewaltigen Mitteldeutschlands abgeblitzt. Der Lohnabbau wird durchgeführt.

Als nächste Etappe erfolgt die Kürzung der sozialen Zulagen. Die Gewerkschaftsbonzen, die am 18. Mai 1931 die Umwandlung der Schichtlöhne in Stundenlöhne geschaffen haben, und den Bergarbeiter damals schon 18 Pf. Schichtlohn raubten, verlangten bei den jetzigen Verhandlungen eine Aenderung des Lohnsystems durch den Schlichter und wiederum Festlegung von Schichtlöhnen, was der Schlichter ablehnte. Nun sagt die Bürokratie, laßt euch trotz ihrer Empörung nicht von der RGO verleiten, sondern „sammelt" euch zum Kampf!

Kumpel, wie lange willst du diesen ungeheuren Verrat noch dulden?

Es gibt für dich nur den einen Weg und das ist der des Kampfes und der erfolgreichen Streikführung, unter Führung der RGO und der roten Verbände.

Die Lohnabbaufront von Brüning über Severing, Leipart bis Schlicher bedeutet Selbstkostensenkung, um mit den inflationistischen Ländern zu konkurrieren. Also Lohnabbau!

Was bedeutet die Flucht der Arbeiter aus den reformistischen Gewerkschaften? Sie erkennen immer mehr, daß die Gewerkschaften die Wandlung vom Klassenkampf bis zum Sozialfaschismus im Interesse des kapitalistischen Systems durchgeführt haben, und die Arbeiter verlangen eine Organisation, die den Kampf nicht nur um Arbeitszeitverkürzung, sondern für die Beseitigung dieses widerspruchsvollen Systems führt.

Wenn die Arbeiterschaft die Abbaumaßnahmen der Bourgeoisie, Lohn- und Sozialabbau schluckt, dann wird Brüning seine letzten Reserven ausspielen und das ist die noch weitere Verschlechterung der Invaliden-, Knappschafts- und Krankenversicherten, wo sie glauben, in aller nächster Zeit drei weitere Milliarden einsparen zu können. In Verbindung damit steht abermals Abbau der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung, da die Sätze, wie Hueck sagt: „Den Löhnen der Betriebsarbeiter jetzt gleich stehen, und demzufolge abgebaut werden müssen."

Lohn- und Unterstützungsabbau stehen in Wechselwirkungen zueinander. Und dagegen gilt es die Kampffronten unter Führung der RGO und des roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter auf dem Boden der roten Einheitsfront zu organisieren.

Bergarbeiter, Achtung!

Alle Betriebsgruppen und Ortskomitees müssen vertreten sein

Delegierte zum Kongreß der Kohlenarbeiter Europas, März 1932

Das Sekretariat des Interkoms der Bergarbeiter hat folgende Delegiertenzahl für die einzelnen Länder festgelegt:

England . . .	10	Deutschland . .	20	(20 Gastdeleg.)
Frankreich . . .	20	Tschechoslowakei	10	
Belgien	10	Polen	5	
Spanien	2	Holland . . .	4	
Rumänien . . .	1	Ungarn . . .	1	
Jugoslawien . .	1	Oesterreich . .	1	

Die hier angegebenen Zahlen sind die den einzelnen Ländern als Mindestzahl zustehenden stimmberechtigten Delegierten. Darüber hinaus können die einzelnen Länder auch weitere Gastdelegierte entsenden. Soweit die Gastdelegierten über die stimmberechtigte Anzahl der Delegierten hinaus zum Kongreß erscheinen, bestimmt der Kongreß, ob sie alle oder in welchem Verhältnis Stimmrecht erhalten.

Sekretariat des Interkom Berg.

Keine Arbeitszeitverkürzung

Der Bankrott der reformistischen Losung „40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich" — Das Betrugsmanöver der Gewerkschaftsführer geplatzt — Nur der Massenkampf bringt 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat in einem Schreiben an die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" über die Verkürzung der Arbeitswoche ohne Lohnausgleich u. a. mitgeteilt:

„Im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember v. J. sei es jedoch ratsam, die Ermittelungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zurückzustellen. Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden könnten, würde von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen. Der Reichsarbeitsminister behält sich vor, mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu geeignet erscheinender Zeit wieder in Verbindung zu treten."

Mit anderen Worten: Das Gerede über eine gesetzliche 40-Stunden-Woche muß aufgegeben werden. Der „Vorwärts", der diese Meldung bringt, betitelt sie: „Stilles Begräbnis. Stegerwald gibt die 40-Stunden-Woche auf."

40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich — das war die zentrale Parole des Frankfurter ADGB-Kongresses. Das war der „Ausweg" aus der Erwerbslosigkeit, den die Gewerkschaftsführer seit vielen Monaten propagierten. In Frankfurt a. M., auf dem letzten ADGB-Kongreß, als Leipart in der Antwort an Stegerwald über die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wenigstens in einigen Industriezweigen bettelte, machte Stegerwald den Zwischenruf: „Für einige Industriezweige habe ich die feste Aussicht in den nächsten Tagen." Dafür wurde Stegerwald von Leipart als „alter Gewerkschaftskämpfer" gefeiert.

In vielen tausenden Versammlungen, in allen Gewerkschaftszeitungen, in der gesamten sozialdemokratischen Presse wurde der Arbeiterschaft eingehämmert, die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich sei ein „Ausweg" aus der Erwerbslosigkeit. Stegerwald würde durch Verordnungen allmählich, in einem Industriezweig nach dem anderen, die 40-Stunden-Woche durchführen. Und nun ist diese Vertröstung genau so geplatzt wie so viele andere Vertröstungen der Gewerkschaftsbürokraten!

Achtung, überall RGO-UB-Konferenzen!

Zur Ueberprüfung und Verbesserung unserer RGO-Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, zur stärkeren Mobilisierung der Arbeitermassen gegen Lohnabbau und Faschismus und zur Vorbereitung des Bezirkskongresses der RGO, der im Februar stattfinden wird, werden in allen Unterbezirken RGO-Funktionärkonferenzen in den kommenden Tagen durchgeführt. Folgende Termine sind zu beachten:

Sonnabend, den 16. Januar, um 20 Uhr, tagen die Konferenzen in Bitterfeld und Weißenfels.

Sonnabend, den 23. Januar, tagen die UB-Konferenzen in Torgau, Delitzsch, Eisleben.

Sonntag, den 24. Januar, tagen die UB-Konferenzen in Wittenberg (nicht am 17. Januar), Liebenwerda, Nordhausen und Halle (für Saalkreis).

Die Betriebsgruppen und die Ortskomitees haben die Konferenzen mit der größten Sorgfalt vorzubereiten. Dem Bezirkskomitee der RGO sind sofort die Versammlungslokale mitzuteilen.

Das Bezirkskomitee der RGO.

Holzarbeiter, rüstet zum Kampf!

Auf zur Generalversammlung, schafft eine rote Ortsverwaltung

Der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes gehen Branchenversammlungen voraus. Durch die Ortsverwaltung sind folgende festgelegt:

Am Donnerstag, dem 14. Januar 1932, 20 Uhr, im „Volkspark", Bau- und Möbeltischler.

Am Sonnabend, dem 16. Januar 1932, 20 Uhr, im Lokal „Stadt Dresden", Modelltischler.

Am Sonntag, dem 17. Januar 1932, 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (im Büro), Säger.

Am Sonnabend, dem 23. Januar 1932, 20 Uhr, im „Jagdschloß", Stellmacher.

Die **Tagesordnung** für alle Versammlungen lautet:

1. Jahresbericht.
2. Notverordnung und Arbeiterschaft. Ref.: Thies.
3. Neuwahl der Sektionsleitung.
4. Verschiedenes.

Kollegen, besucht die Branchenversammlungen und rüstet zur Generalversammlung. Rechnet mit der Politik der Bürokratie ab, wählt oppositionelle Kollegen in die Ortsverwaltung, nehmt Stellung zum Lohnabbau auf dem Boden der Streiktaktik der RGO.

Bombenwerfer auf Grube „Golpa"

A.-K. Vor kurzem schlug auf der Grube „Golpa" wirklich eine Bombe ein, trotz der ununterbrochenen Bewachung der Grubenanlage. Zwar flog keine Förderbrücke in die Luft, aber der ganze Betrieb kam gewaltig in Aufregung. Die Proleten hatten nämlich in der Nacht in großen Lettern Parolen angebracht gegen den Lohnabbau der Grubengewaltigen.

„Streik gegen den Lohnabbau!" Das konnte man überall lesen. Die Betriebsleiter sausten herum, die Polizei wurde alarmiert. Der Wachtmeister Gins machte eine große Aktion in den Erwerbslosenbaracken. Erwerbslose sollten ihre Hosen zeigen! Er hatte Flecke daran vermutet, die mit den Streikparolen zusammenhängen! Besonders empört war man, weil auch eine Streikparole dort angebracht war, wo die ganze Nacht ein Schließer stand!

Reformisten gegen Erwerbslose und Kleinbauern

A.-K. In Brücken an der Helme beantragten Erwerbslose und Kleinbauern durch den Reichsbauernbund, daß ihnen Siedlungsland zur Verfügung geteilt wird zur Bewirtschaftung auf eigene Hand. Und zwar wurde das Land vom Rittergut 2 gefordert. Der Pächter des Gutes reagierte darauf sehr schnell. Er trommelte die Belegschaft zusammen. Dabei bediente er sich der reformistischen Betriebsräte. Er versuchte die Landproleten gegen die Erwerbslosen und Kleinbauern aufzuwiegeln. Er meinte: „Ihr müßt alle hier einen Protest unterschreiben gegen die Abgabe des Landes, sonst werdet ihr arbeitslos". Prompt riefen die reformistischen Betriebsräte noch obendrein eine Landarbeiterversammlung ein mit dem Kreisleiter Geschke vom Landarbeiterverband und dem Verwalter des Gutes! Die Liste zirkulierte und Landproleten unterschrieben sich. Aber nicht alle. Manche wurden doch stutzig. In Gesprächen äußerten sie, daß sie nicht gegen Erwerbslose und Kleinbauern seien, sondern für das Zusammengehen mit ihnen!

Darum klärt alle Landproleten über die erbärmliche Praxis der reformistischen Betriebsräte schleunigst auf. Die Verbandsbürokratie wie die Betriebsräte führen einen Kampf gegen Erwerbslose und Siedler, aber niemals gegen Großagrarier.

Um die Löhne bekümmern sich die Bonzen nicht. 15½ Pf. pro Stunde bekommen die Frauen! Ein Geschirrführer 10 bis 12 M. die Woche, daß alles pfuft! Es ist die höchste Zeit, zum Sammeln zu blasen. Landproleten, her zum roten Verband!

Internationale Wirtschaftskämpfe

Frankreich

Lohnkampf in der Automobilindustrie. Die 25 000 Arbeiter der Automobilfabrik Renault in Billancourt (Vorort von Paris) sind von einer Lohnbewegung erfaßt. Seit einem Monat versucht Renault, den Arbeitern einen zehnprozentigen Lohnabbau abteilungsweise aufzuzwingen. Bis jetzt sind alle Versuche am Widerstand der Arbeiter gescheitert. (Im Dezember fanden zehn Teilstreiks und Fälle von passiver Resistenz statt.) Ab 5. Januar will nun Renault den zehnprozentigen Lohnabbau für die ganze Belegschaft durchführen. Die Einheitsgewerkschaft bereitet den Streik in den Abteilungen vor, in denen sie am stärksten ist.

Belgien

Wachsende Erwerbslosigkeit. Den offiziellen Statistiken zufolge hat die Erwerbslosigkeit im Monat November eine beträchtliche Zunahme erfahren. Von insgesamt 706 242 Versicherten waren am 5. Dezember 94 467 vollerwerbslos oder 13,3 Prozent, gegenüber 11,1 Prozent im vergangenen Monat und 6,1 Prozent im November 1930. Die Zahl der Kurzarbeiter ist auf 134 799 gestiegen, d. h. auf 19,2 Prozent der Gesamtzahl der Versicherten, gegenüber 17,2 Prozent im Oktober und 12 Prozent im November 1930. Die Anzahl der verlorenen Arbeitstage stieg von 900 auf je 1000 Versicherte im Oktober, auf 950 im November.

In Zieghem (Flandern) wurden infolge der Wirtschaftskrise und des englischen Zollkrieges von insgesamt 2500 Arbeitern, die in der Bürstenfabrikation beschäftigt waren, 2000 entlassen.

In Ruanda-Urundi (Belg.-Kongo) sind alle Eisenbahn- und Straßenbauarbeiten eingestellt worden. 18 000 Eingeborene, die man mit Gewalt aus ihren Dörfern herausgeholt hatte, wurden der Erwerbslosigkeit und dem Hunger preisgegeben. Die einzige „Lösung" der belgischen Behörden besteht darin, die erwerbslos gewordenen Eingeborenen aus den bewohnten Zentren zu verjagen.

Schweden

Metallarbeiter kampfbereit. In der schwedischen Metall- und Hütteninduktrie haben die reformistischen Gewerkschaftsführer in geheimen Verhandlungen vor den Schlichter einer Vereinbarung zugestimmt, wonach die Stundenlöhne um 4 und die Akkordlöhne um 6 Prozent herabgesetzt werden.

In Göteborg nahm die Delegiertenversammlung des Metallarbeiterverbandes, die 12 000 organisierte Metallarbeiter vertritt, einstimmig den Antrag eines kommunistischen Delegierten an, der den Kampf gegen jeglichen Lohnabbau und gegen jeden Versuch der Verschlechterung der Lebenslage der Metallarbeiter verlangt. Die RGO-Leute im Verbandsvorstand treten für den Lohnabbau ein. Auch in Halmstad sprach sich die Versammlung der Gießer einstimmig gegen die Annahme des „Vermittlungsantrages" aus.

Achtung, Betriebsräte!

Die Einheitskonferenz der Betriebsräte findet am Sonntag, dem 17. Januar, 10 Uhr, in Halle im „Friedrichsgarten", Friedrichstraße 23, statt. Die ergangene Einladung gilt als Ausweis!

Der Betriebsräteausschuß Halle-Merseburg.

Zur Erlangung schöner weißer Zähne und zur Beseitigung der häßlich gefärbten Zahnbeläge benutzt man zweckmäßig die bekannte gute Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Vorkriegspreise. Versuch überzeugt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0005

HALLE

Donnerstag, den 14. Januar 1932.

Der Stammbaum

Glücklich, wer noch gestern geheiratet hat. Heute ist es schon zu spät. Das heißt, nicht für jeden. Nur für einen SS-Mann. Heute ist die Verordnung herausgekommen. Von nun an darf nur nach Stammbaum und Rasse geheiratet werden. Der oberste Führer der SS., Pg. Reichstagsabgeordneter Himmler, hat einen Befehl erlassen, der das Heiraten, nun sagen wir, nicht mehr Spaß sein läßt. Vor allem erfährt man, daß:

ein „SS ein nach besonderen Gesichtspunkten ausgewählter deutscher nordischer Mann"

ist oder es zumindest von nun ab sein soll.

Begreiflich, daß so ein „ausgewählter Nordischer" nicht jede x-beliebige heiraten kann. Uebrigens ist es ja nicht ganz neu. Man weiß, daß Besitzer von Reinrassigen streng darauf achten, daß diese sich auf der Straße nicht mit jeder Hergelaufenen... paaren. Also, was muß ein SS-Mann tun, um doch glücklicher Ehemann zu werden?

Ein Gesuch beim obersten Reichsführer der SS einreichen und diesem Gesuch die Stammtafel von sich, seinen Ahnen und Urahnen und zugleich die Stammtafel seiner Herzensauserwählten und deren Ahnen und Urahnen, herauf bis... zu welcher Generation wird leider nicht gesagt, beilegen. Das Ansuchen wird vom Rassenamt der SS „fachmännisch" behandelt. Wie diese fachmännische Behandlung vor sich geht, das geht den Ansucher natürlich nichts an... er hat sich zu fügen.

Es ist bekannt, daß manche Händler bestimmter Tiere Fälschungen begehen. Damit auch hier nicht ähnliches vorkommt, legt das Rassenamt der SS ein Sippenbuch an, in das alle Angehörigen der Heiratslustigen eingetragen werden, so daß man die Gewähr haben kann, daß hier keine Fälschungen vorkommen.

Wer bei Verweigerung der Heiratslizenz trotzdem — — — nun, man weiß ja, gegen die Natur..., hat das Privileg verwirkt, sich ein wahrhaft Nordischer nennen zu können, und kann in Zukunft nicht mehr dem „Edlenverband" der SS angehören.

Interessant ist, daß diese Bestimmung über Rasse und Stammbaum nur für die SS gilt. Die SA und die übrigen Pg. gehören offenbar einer zweiten Kategorie an. Bei denen wird auf Stammbaum nicht geachtet.

Darum nütze man die Gelegenheit, solange es noch geht, und heirate, bevor auch für die SA ein derartiger Erlaß herauskommt.

Nazi-Jungsturmführer Heßberger vor Gericht

Der „Klassenkampf" berichtete am Montag über die trüben Vorkommnisse im nationalsozialistischen Schülerbund, Ortsgruppe Halle, in dem der nationalsozialistische Jungsturmführer Clemens Heßberger sich bei Ausflügen usw. in schamloser und verbrecherischer Weise an minderjährigen Schülern vergangen hat. Wie im Falle Georg Hinkler, so machen die Nazis auch in diesem Falle einen Rückzieher und behaupten, Heßberger sei nicht Mitglied der NSDAP. Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß Heßberger als Leiter des nationalsozialistischen Schülerbundes auch Mitglied der NSDAP war. Wir haben allerdings keinen Grund, zu bestreiten, daß die Nazis sich nach dem Bekanntwerden dieser Schweinereien schleunigst dieser „edlen germanischen Führerblüte" entledigt haben.

Am Dienstag stand nun Herr Clemens Heßberger vor dem Hallischen Schöffengericht, wo er sich wegen Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten hatte. Es wurden ihm zwölf Fälle zur Last gelegt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das saubere Nazifrüchtchen Heßberger leugnete zunächst hartnäckig alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen ab. Die Verhandlung ergab, daß die im „Klassenkampf" veröffentlichten Tatsachen über die Treibereien Heßbergers sich so, wie geschildert, abgespielt haben. Unter der Wucht der Tatsachen half jedoch alles Leugnen Heßbergers nichts und er entschloß sich deshalb, ein umfassendes Geständnis abzulegen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Das Gericht verurteilte ihn jedoch zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Die Urteilsbegründung erfolgte öffentlich. Aus ihr ging hervor, daß bei Heßberger weniger eine homosexuelle Veranlagung vorliegt, sondern er seine Verbrechen mehr aus perversen Neigungen beging. Unter den Eltern der jugendlichen Opfer dieser treuteutschen nationalsozialistischen „Jugenderziehung" herrscht eine gewaltige Empörung. Zu der Frage, ob, falls bei Heßberger krankhafte Veranlagungen eine wesentliche Rolle spielen sollten, eine harte Gefängnisstrafe in diesem Falle am Platze ist, wollen wir uns hier nicht äußern. Hier handelt es sich in erster Linie darum, dem heuchlerischen nationalsozialstischem Führerpack, das alle anderen Leute mit Schmutz bewirft, die Maske vom Gesicht zu reißen.

An alle Stadtteilleitungen!

Die Mitgliederversammlungen der Straßenzellen werden aus dringenden Gründen vom Donnerstag, dem 14. Januar, auf Sonnabend, den 16. Januar, verlegt. Tagesordnung der Straßenzellen-Versammlungen am 16. Jan.: „Die Erwerbslosenbewegung und die Aufgaben der Partei. Das Werbeaufgebot für Partei und Presse."

Die Leitungen der Straßenzellen werden aufgefordert, die Mitgliederversammlungen am Sonnabend, dem 16. Januar, restlos durchzuführen.

BL der KPD Halle-Merseburg, Abt. Halle.

Nietleben. „Böse Buben" bemalten in einer der letzten Nächte die Wände und Häuser mit Kampflosungen der Betriebsarbeiter, in welchen diese aufgefordert wurden, zu streiken. Der Versuch, diese Losungen zu entfernen, schlug fehl.

Das „Paradies für Großstadtkinder"

Erwerbslose als Höhlenbewohner am Rande der Stadt — Wie man in Halle das Problem [der] Erwerbslosigkeit „lösen" will

Die Pressestelle des Magistrats teilt uns mit:

„Der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung hat der Stadt Halle durch Vorbescheid ein Reichsdarlehn in Höhe von 350 000 M. für 140 Kleinsiedlerstellen in Aussicht gestellt. Die endgültige Bewilligung des Betrages erfolgt nach Genehmigung des Antrages der Stadtverwaltung.

Für die Stadt Halle ergeben sich bei der Durchführung des Siedlungsvorhabens besondere Schwierigkeiten insofern, als keine Möglichkeit für die Unterbringung innerhalb des Stadtkreises besteht. Es sind deshalb mit umliegenden Gemeinden wegen der Umsiedlung seit längerer Zeit Verhandlungen geführt worden. Erst die Verordnung vom 23. Dezember mit genaueren Vorschriften über die Umsiedlung hat die Verhältnisse geregelt.

Die dahingehenden Verhandlungen schweben noch. Die Ansetzung der Siedler erfolgt auf städtischem Gelände. Als Träger der vorstädtischen Kleinsiedlung sind gemeinnützige Baugenossenschaften ausersehen. Es liegen zwei Entwürfe für die zu errichtenden Siedlerhäuser vor. Ein Entwurf stammt von der „Eigenen Scholle", ein anderer von der Arbeitsgemeinschaft Hallischer Architekten. Die Kosten für die zu errichtenden Gebäude dürfen 2000 Mark nicht überschreiten. Der Restbetrag des Reichsdarlehns in Höhe von 500 Mark für jede Siedlerstelle dient zur Aufschließung des Baugeländes, zur Wasserversorgung, Einrichtung der Siedlerstelle, Beschaffung des nötigen toten und lebenden Inventars, Geräte, Bäume, Sträucher, Saatgut, Kleinvieh usw."

*

Die dritte Notverordnung des Reichspräsidenten zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 6. Oktober 1931 enthält auch Vorschriften über das Siedlungswesen. Es handelt sich dabei um landwirtschaftliche Siedlung, Kleinsiedlung in der Umgebung von Städten oder Kleingärten für Erwerbslose. Wenn man die Dinge nicht näher untersucht, kann man leicht zu der Auffassung neigen, als handele es sich wirklich um eine praktische Hilfe für die seit Jahren Erwerbslosen. Geht man jedoch den Dingen näher auf den Grund, dann findet man leicht den Pferdefuß und durchschaut das ganze Manöver, daß hier mit den Aermsten der Armen getrieben werden soll.

Bei dieser Gelegenheit ist es wichtig, festzustellen, daß sich die Befürworter des Planes in einer Front von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten befinden. Alle Parteien, ausgenommen die Kommunisten, geben sich die erdenklichste Mühe, den Erwerbslosen das Problem der Stadtrandsiedlung schmackhaft zu machen. Mehr oder weniger gelingt es ihnen auch. Teile der Erwerbslosen, die jahrelange Entbehrungen durchmachten, zu täuschen.

In der „Freien Gemeinde", dem Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik in der Tschechoslowakei, äußert sich ein Herr O. Bauer aus Leipzig zu der Frage wie folgt:

„Demnach scheint es der Reichsregierung ernst zu sein mit einer großzügigen Ansiedlung von Erwerbslosen. Die Frage ist nur, in welcher Form der Siedlung der Vorzug gegeben werden soll. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß aus mannigfachen Gründen die vorstädtische Siedlung weitherzigste Förderung verdient."

Der Erwerbslose soll aus der Großstadt bzw. den Industriezentren entfernt und auf das flache Land, weitab von der Zentralisation und dem Verkehr als Höhlenbewohner untergebracht werden, damit die Wohlfahrtsausgaben für ihn in der Stadt gespart werden, damit man ihm keine Wohnung zu bauen braucht und damit er für sich und seine Familie „günstigere gesund[heitliche] Lebensbedingungen" findet.

Die „Berliner Illustrierte Zeitung" brachte kürzlich eine [...] Reihe photographischer Abbildungen über dieses Kapitel [...] Ueberschrift „Ein neues Leben". Man hat den ersten S[...] zug losgelassen. „Es war ein Zug voll strahlender Mensche[n ...] frischer Hoffnung," die nach dem Wortlaut „in ein Para[dies] für Großstadtkinder gefahren sind."

Noch deutlicher zu dem wirklichen Zweck dieser Siedl[ungs]pläne äußert sich ein Landrat Mengel aus Bad Freienw[alde]. Er erklärt in seinem Artikel der „Zeitschrift für Selbstverwal[tung]":

„Schließlich sei noch an die nachdrückliche Förderung [der] Schrebergärten erinnert, ein Mittel, welches zwar nicht [...] aber auf längere Sicht wirksam ist und den Erwerb[slosen] eine namhafte Zubuße für die Ernährung sichert, dem M[üßig]gang steuert und Lebensfreude vermittelt. Günstig gele[gen] eigener oder angepachteter Acker möglichst guter Qualität [...] einem bestehenden oder neu zu gründenden Gartenverein [...] fristig verpachtet, Weiterverpachtung durch diesen an [...] Schrebergärtner; 500 Quadratmeter je Parzelle genügen."

Der famose Landrat Mengel läßt hier die Katze aus dem [Sack]. Nach seiner Meinung sind die Erwerbslosen Müßiggän[ger], denen er mit 500 Quadratmeter zweifelhaften Landes „Le[bens]freude" vermitteln will. Die in der Notverordnung der Regie[rung] herausgegebenen Richtlinien sehen eine Mindestgrenze [von] 600 Quadratmeter für den einzelnen Siedler vor; aber selbst [wenn] die Fläche doppelt so groß wäre, reicht sie nicht aus, [um] einem Erwerbslosen und seiner Familie die Lebensexisten[z zu] sichern. Um wirklich aus dem bebauten Boden so viel he[raus]zuholen, daß sich damit für die Dauer eine Familie erhalten [läßt], sind schon einige Hektar Land notwendig. Hinzu komm[t die] notwendige Fläche für Futtermittel des Zug- und Nutzvie[hs] und wo bleibt das zur Bearbeitung gehörige lebende und [tote] Inventar?

Glaubt jemand ernsthaft daran, daß mit lumpigen 500 [M.], die nach den Hallischen Plänen für diese Zwecke be[reit]gestellt werden sollen, überhaupt etwas anzufangen ist? [Vor] Illusionen sollte sich jeder Erwerbslose hüten.

Die Richtlinien der Regierung sind also, wie das aus der [Argu]mentation des Landrats Mengel hervorgeht, dazu bestimmt, [das] große Heer der Erwerbslosen zu zerreißen, auf das tiefste Le[bens-] und Kulturniveau herabzudrücken und ihr Bettlerdasein für [alle] Zeiten zu verewigen. Im Stadtparlament werden die Nazis, Bürgerblöckler und die Sozialdemokraten unter der heuchler[ischen] Maske der Menschenfreundlichkeit versuchen, auf diese Weise [...] in Halle das Problem der Erwerbslosigkeit zu lösen. Für [die] Kommunisten ergibt sich daraus, nicht nur den schärfsten K[ampf] gegen den neuerlichen Betrug, der an den Erwerbslosen [verübt] werden soll, zu führen, sondern den Millionenmassen dieser K[...]sten klarzumachen, daß das Problem der Erwerbslosigkeit nu[r ge]löst werden kann bei Durchführung des Programms der so[zialen] und nationalen Befreiung, das die Kommunistische Part[ei in] Kampfmobilisierung der breiten notleidenden Massen propag[iert].

Die Bourgeoisie mag aus Furcht vor dem Wachstum des [Kom]munismus die hungernden Massen verpflanzen wohin sie wi[ll ...] mag versuchen, die Kräfte des Proletariats durch solche Sied[lungs]manöver zu zersplittern und übers Land zu verteilen. Die Kom[mu]nistische Partei wird trotz aller Schwierigkeiten unbeirrt die [Ein]heitsfront aller Ausgebeuteten um so fester schmieden, damit [Er]werbslose und Betriebsarbeiter, damit die Au[sge]beuteten in Stadt und Land für den Befreiungskampf stark [...] sind.

Betriebsarbeiter, Frauen, Jungarbeiter, heraus zu den großen

LLL-Kundgebungen morgen Freita[g]

im „Gesellschaftshaus" und im „Zoo" — Einlaß 19 Uhr, Beginn 20 [Uhr]

Referenten: W. Koenen, M. d. R.; P. Suhr, Hamburg

Es wirken mit: „Agitatoren", „Alarm", Musikkapelle, Arbeiter-Sängerchor und Volks[...]
Eintritt 40 und 20 Pfennig — Vorverkauf bei allen Funktionären — KPD Halle, KJVD H[alle]

„Knorke!" — sagen die Nazis zu einem solchen Urteil

Vor dem Hallischen Schöffengericht hatte sich der verantwortliche Redakteur der jetzt verbotenen faschistischen „Hallischen Universitäts-Zeitung", der Student Günther Stöve, zu verantworten. Die Anklage war wegen Verächtlichmachung der Verfassung und wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz erhoben worden. In der „Hallischen Universitäts-Zeitung" war unter der Ueberschrift: „Wider den undeutschen Geist" ein Artikel erschienen, der einen Abdruck aus dem von Josef Goebbels vor mehreren Jahren erschienenen Buche „Knorke" darstellt. In diesem Artikel hieß es, daß Reichsverfassung und Versailler Friedensvertrag wesensgleich seien und beide das deutsche Volk den Volksfeinden ausliefere; die Männer, die die Weimarer Verfassung geschaffen hätten, seien nur Kulissenschieber fremder Mächte, sie seien unfrei und gebunden gewesen.

Solche niedlichen Sachen standen also in dem Artikel der faschistischen Studentenzeitung, für welche Herr Günther Stöve verantwortlich zeichnete. Nun stand Herr Stöve vor Gericht und deutsche Richter sollten ihn wegen dieser ziemlich deutlichen Verächtlichmachung der Verfassung aburteilen. Wenn ein Kommunist wegen solcher Aeußerungen vor Gericht stehen würde, dann würden alle Arbeiter jede Wette darauf eingehen, daß dieser Kommunist mindestens seine drei Monate Knast aufgebrummt bekommen hätte. Aber hier stand kein Kommunist, sondern ein faschistischer Student vor den Schranken des Gerichts. Und der Staatsanwalt beantragte gegen den Studenten Günther Stöve an Stelle einer Strafe von einem Monat Gefängnis eine Geldstrafe von 90 Mark. Sehr milde, dieser Antrag, werden alle Arbeiter sagen. Der Meinung sind wir auch. Das Gericht war aber nic[ht der] Meinung. Es sprach den faschistischen Studenten Günther S[töve] frei. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der A[rtikel] zwar eine herbe Kritik, die andersdenkenden Staatsbü[rgern] nicht angenehm (!) sei, doch gehe sie „nicht übe[r den] Rahmen des Zulässigen" hinaus. Die Gleichsetzung vom Ver[sailler] Friedensvertrag und Reichsverfassung sei nicht so roh und [ver]letzend, daß dadurch eine Verurteilung aus dem Republik[schutz]gesetz gerechtfertigt sei.

So begründete das Gericht den Freispruch des Stud[enten] Stöve. Dieser junge Mann wird sich nun befleißigen, in [seinem] Blättchen, sobald es wieder erscheint, weiterhin die Verfassu[ng] in „Schutz" zu nehmen. Und alle Nazis werden zu diesem [Urteil] mit Josef Goebbels sagen: „Knorke".

Von der Anklage der Kindestötung freigesproc[hen]

Die 28jährige Erna Baumann aus Aschersleben war in [einer] Hallischen Klinik als Stationsmädchen beschäftigt. Hier [wurde] sie von einem Kind entbunden, das sie gleich darauf in [ein] Kleid wickelte und in einen Abfalleimer warf. Die kleine [Leiche] wurde am nächsten Tage von einem Arbeiter der Klinik g[efun]den. Das Mädchen wurde als die Mutter des Kindes fe[stgestellt] und gegen sie Anklage wegen Kindestötung erhoben. Im G[egen]satz zu der Angeklagten, die kein Lebenszeichen an dem K[inde] wahrgenommen haben will, behauptete der ärztliche Sa[chver]ständige, daß es noch gelebt hat. Das Schwurgericht konnte [sich] jedoch nicht davon überzeugen, daß das Kind in dem Aug[enblick], in dem die Angeklagte es wegwarf, gelebt hat und er[kannte] daher auf Freisprechung. Der Antrag des Staatsanwalts la[utete] auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis.

140000 M. werden öffentlich verschenkt!

Sensationeller Inventur-Ausverka[uf]

Unsere Fabriken haben beschlossen, zum diesjährigen Ausverkauf **5600 Anzüge u. Mäntel zum halben Preis** zu ver[...]schleu[dern]

Kaufen Sie jetzt zum halben Preis — morgen ist's vielleicht schon alle!

Schmitz & Co
G. m. b. H. — Das Haus der eigenen Kleiderfab[rik]
Bitterfeld Kirchstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0006

…olgen der Arbeitslosennot für Kinder

…der Zeitschrift „Soziale Arbeit“, Januar 1932, schreibt …oro, Leiter der Universitätskinderklinik in Heidelberg: „Ich …war kein statistisches Material beibringen, wohl aber auch ohne …Belege mit großer Wahrscheinlichkeit aussagen, daß in meinem …itsbuch wenigstens die Mißstände bei den Kindern, die ohne … und Zweifel mittelbar oder unmittelbar auf die Arbeitslosig…rer Eltern zurückzuführen sein dürften, zu schlimmen Be…tungen Veranlassung geben. Verschmutzung und …ausung, die seit Jahren geschwunden waren, beginnen wie…ufiger zu werden. Wäsche und Windeln sind vielfach in einem …lichen Zustand. Die Kinder werden nicht gebadet, weil keine … zum Heizen da sind. Die Fürsorge wird zuweilen deshalb …aufgesucht, weil die Kinder im Winter nicht genug zum An… haben. Die ärztliche Hilfe in der Ambulanz wird zu spät auf…, weil das Fahrgeld nicht aufzubringen war. In letzter Zeit …s wiederholt vor, daß die Mutter zwar die Herfahrt bezahlen …, aber für die Rückfahrt angeblich kein Geld übrig hatte. Die … dafür mußten aus der Ambulanzkasse oder aus der Tasche …ssistenten bestritten werden… Atrophie und englische Krank…ie seit vier Jahren sozusagen von der Bildfläche verschwunden … sieht man wiederum in diesem Winter. Was aber das …mste ist: ältere Kinder mit Kopfschmerzen, Blutarmut, Ohn…sanfällen und Schwindel tauchen neuerdings wieder auf — als …rscheinung des Hungerns!…

… Kleinkindern wird Gemüse kaum mehr, Obst- und Fruchtsäfte überhaupt nicht mehr verabreicht, weil diese Dinge zu teuer sind.“

Das ist die Lage des Kindes der Werktätigen in Deutschland. In den Versammlungen muß zu dieser traurigen Lage des Kindes, wie zur gewerblichen Kinderausbeutung Stellung genommen werden. Wir müssen die Hetze der Bourgeoisie gegen die „Zwangsarbeit“ der Kinder in der Sowjetunion als eine niederträchtige Lüge entlarven, weil diese Lüge nur dazu dient, unsere Kinder in immer tieferes Elend zu stürzen. Für Kinder unter 16 Jahren ist die gewerbliche Arbeit in der Sowjetunion verboten. Wenn die Arbeit dort in den Rahmen der Erziehung hineingestellt wird, so geschieht das aus dem Wesen der Polytechnisierung der Schule als einer tatsächlichen Arbeitsschule heraus: das Kind wird gemäß seinem Alter planmäßig mit entsprechenden Arbeiten vertraut gemacht und so in den sozialistischen Produktionsprozeß eingeführt, und nicht ausgebeutet und zum notwendigen Mitverdiener der Familie gemacht, wie es in den kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Wo die Arbeiter kämpfen und Forderungen aufstellen, dürfen sie nicht die Forderungen vergessen, die im besonderen im Interesse der proletarischen Kinder liegen.

Jugend zur LLL-Kundgebung

Der KJVD trifft sich am Freitag um 19 Uhr im „Zoo“. Dort Uebergabe eines Teiles der Jugendfunktionäre an die Partei.

Demokratie wurde besonders beleuchtet. In der jetzigen Periode darf die Arbeiterschaft nicht feige zurückstehen, sondern es ist notwendig, den Kampf aufzunehmen. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiterschaft die rote Einheitsfront bildet.

Reicher Beifall belohnte die Ausführungen. Trotzdem jedem Anwesenden volle Redezeit zur Diskussion zugesichert war, meldete sich niemand. Mit dem Gesang der „Internationale“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

Sangerhäuser Schwindsuchtsparlament tagt

A.-K. Sangerhausen. Endlich nach langer Zeit fand am 6. Januar 1932 eine Stadtverordnetenversammlung statt. Die vor längerer Zeit von den Erwerbslosen eingereichten Anträge standen nicht mit auf der Tagesordnung, so daß die KPD-Fraktion beantragte, dieselben mit zur Beratung zu stellen. Das wurde vom Vorsteher Fröschke abgelehnt mit der Bemerkung, die Notverordnung ge… dies nicht. Jedenfalls hat hier der reaktionäre Magistrat di… Erwerbslosenanträge glattweg unterschlagen. In der nächsten Erwerbslosenversammlung werden die Erwerbslosen Kampfmaßnahmen beschließen müssen, um den Magistrat aufs Knie zwingen zu können.

Gen. P. Beck wies in der Sitzung auf den Bankrott des Parlamentarismus hin, der von keiner Seite mehr abgestritten werden kann. Bei den Wahlen des Stadtverordnetenvorstehers usw. stimmten die Sozialdemokraten und Renegaten Franzke und Scharfe für den Reaktionär Fröschke. Dafür stimmten die Bürgerlichen für den Sozialdemokraten Gustav Beck als Stellvertreter.

In der fraglichen Sitzung sang der „bekannte“ Stadt„rat“ Lademann ein Klagelied des Magistrats, der zu gern den Siedlern den Hals abschneiden möchte in der Frage der Straßenanliegerbeiträge. Die Siedler gehen aber nicht auf diese Leimrute, was uns außerordentlich freut. Siedler bleibt weiterhin standhaft! Laßt euch nicht mit Redensarten fangen!

Feuerwehr übt am Straßenbahnwagen

…n den vielfältigen Aufgaben einer Großstadtfeuerwehr ge… auch das Eingreifen bei den Verkehrsunfällen; hierzu ge… auch Unfälle, bei denen Personen durch eigene Unachtsam…oder Kopflosigkeit von Straßenbahnwagen überfahren wer…

…e Feuerwehr hat deshalb zusammen mit der Straßenbahn … Schnellrettungsdienst eingerichtet. Auf den Notruf „Stra…ahn-Unfall“ rücken mit bekannter Schnelligkeit sofort zwei …rspritzen der nächstgelegenen Wachen und ein Feuerwehr…kenwagen aus, letzterer mit Feuerwehrsamaritern und der …en Sanitätsausrüstung. Um die Feuerwehr mit der Kon…ion der Straßenbahnwagen ausreichend vertraut zu machen, …Lehrkurse eingerichtet.

…m Dienstag nachmittag waren zu diesem Zweck die Lösch… Nr. 1, 2, und 5 (Freiwillige Feuerwehr Halle-Trotha) auf … Gebäude des Straßenbahnhofes Freiimfelder Straße zusam…ezogen worden, wo nach eingehender Belehrung durch die …enbahnverwaltung verschiedenartige Rettungsübungen an … bereitgestellten Straßenbahnzügen vorgenommen wurden. …Kritik des „Klassenkampf“ an der Tätigkeit der Feuerwehr …em Straßenbahnunfall am 25. Dezember vorigen Jahres in …Merseburger Str. scheint demnach etwas geholfen zu haben.

…chließung des Solbades Wittekind. Das Solbad Witte…d stellt mit dem 16. Januar den Badebetrieb bis auf weiteres … Begründet wird diese Maßnahme mit dem außerordentlichen …gang der Besucherzahl, die gegenüber früheren Zeiten um … 50 Prozent zurückgegangen ist.

Aus dem Saalkreis

…Gemeinde Bruckdorf in Zahlungsschwierigkeiten

…A.-K. Bruckdorf. Als am vorigen Sonnabend die Wohl…tserwerbslosen zum Stempeln in das Gemeindebüro kamen, …e ihnen bekannt gemacht, daß ihre Unterstützung nicht am …ondern erst am 11. Januar ausgezahlt wird. Darob herrschte … den Erwerbslosen große Empörung. Es wurde bekannt, … der Kommissar, der neben Bruckdorf noch zwei andere Ge…nden verwaltet, in Halle auf dem Landratsamte sei.

…Die Bruckdorfer Erwerbslosen zogen dann geschlossen nach …intschöna zum Amtsvorsteher. Dieser gab bekannt, daß der …einde Bruckdorf 500 Mark zur Auszahlung der Unterstützung … der Kreiskasse zur Verfügung ständen. Daraufhin setzten sich …Erwerbslosen mit dem Landratsamt in Verbindung und for…en die sofortige Auszahlung der Unterstützung. Durch diese …on wurde dann am Nachmittag des 9. Januar die Hälfte …Unterstützung ausgezahlt.

…Auch hier hat sich gezeigt, daß nur geschlossener Kampf zum Erfolg führt.

Merseburg-Querfurt

Forderungen der Bauern an die Feuersozietät

A.-K. Söhesten. In einer vom Reichsbauernbund einberufenen Versammlung berichtete der Landwirt Richter sehr ausführlich über seine Studienreise durch die Sowjetunion mit der deutschen Bauerndelegation. Die zahlreich Erschienenen lauschten gespannt den interessanten Ausführungen. Manche falsche Auffassung wurde aufgeklärt.

Anschließend ging der Genosse Biering auf die Wünsche der Bauern in bezug auf die Feuersozietätsbeiträge ein. An dem Beispiel des Kampfes gegen die Berufsgenossenschaftsbeiträge, der einen ersten Erfolg gebracht hat, wies er nach, daß nur durch gemeinsamen Kampf etwas zu erreichen ist.

Die Versammlung faßte den Beschluß, von der Feuersozietät die Einziehung der Beiträge in Vierteljahresraten zu verlangen unter Beibehaltung des 10prozentigen Rabatts und Anstrebung der Herabsetzung der Versicherungsprämie. Die Zahlung der Prämie wird so lange ausgesetzt, bis eine Regelung erfolgt ist.

Wird den Wünschen nicht entsprochen, so sehen sich die Versicherungsnehmer gezwungen, anderweitig zu versichern. Aus acht Orten wurden Bauern zu einem Komitee gewählt, das die Verpflichtung übernahm, in den erfaßten Dörfern die Unterschriften der Bauern unter diese Forderungen einzusammeln.

Bauern und Hausbesitzer, nehmt überall den Kampf um diese Forderungen auf.

Wehlitz. L.-L.-L.-Kundgebung am 16. Januar 1932 im Ratskeller, Wehlitz, Beginn 19.30 Uhr. Es wirkt mit eine Spieltruppe des Arbeiter-Theaterbundes Leipzig. Alle Arbeiter, Angestellten, Mittelständler, Beamte und Bauern von Wehlitz und Umgegend besuchen diese Veranstaltung.

Mansfeld-Sangerhausen

Ueber Streik darf nicht gesprochen werden

A.-K. Eisleben. Die Ortsgruppe Eisleben der KPD hatte am Freitag abend eine öffentliche Versammlung im Volkshaus mit dem Thema: „Die vierte Notverordnung und ihre Auswirkung für die Mansfelder Arbeiterschaft“ angesetzt. Ehe der Referent, Genosse Pauli, vor den zahlreichen Besuchern das Wort ergriff, verlangte der Leiter der ebenfalls zahlreich im Saale erschienenen Polizei, daß **über Streik nicht gesprochen werden darf.**

Genosse Pauli begrüßte die am Nachmittag aus der Kerkerhaft entlassenen revolutionären Arbeiter mit einem dreifachen „Rot Front“. Ausgehend von der internationalen Wirtschaftskrise führte der Referent den Erschienenen das Wesen des Kapitalismus vor Augen, der in der jetzigen Periode seine Arbeiter nicht mehr ernähren kann und somit abzutreten hat. Das Wesen der

Letzte Kurzmeldungen

Eisleben. Freispruch. Am 17. November v. J. wurde auf die Kasinowirtin der Riebeckschen Montanwerke in Oberröblingen am See ein Raubüberfall verübt. Der Arbeiter P. aus Unterröblingen wurde verhaftet. Das Gericht sprach den Angeklagten nunmehr frei.

Naumburg. Schweres Verkehrsunglück. An einer Straßenkreuzung fuhr der 24 Jahre alte Motorradfahrer Martin Neumann aus Markröhlitz einem Auto in die Flanke. Neumann wurde von seiner Maschine geschleudert und erlitt eine Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch.

Eilenburg. Ende des Lyzeums. Der Beschluß des Magistrats vom vorigen Jahre, das städtische Lyzeum abzubauen, wird nach einem jetzt erfolgten Beschluß nicht stufenweise, sondern auf einmal ausgeführt. Mit dem 1. April d. J. wird das Lyzeum aufhören zu bestehen.

Sangerhausen. Der proletarische Freidenkerverband Sangerhausen hat am Sonntag mit dem Vorbereitungsunterricht zur diesjährigen Jugendweihe begonnen. Wir richten an alle Arbeitereltern, die Kinder aus der Jugendweihe ins reifere, aber so ernste Leben treten lassen, den Appell, diese Kinder beim Gen. Br. Feist, Bonifaziusgasse, sofort noch anzumelden, damit dieselben am Vorbereitungsunterricht noch mit teilnehmen können.

Rundfunk-Programm

Freitag, 15. Januar

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.30 Uhr: Schulfunk. 11 Uhr: Werbenachrichten, verbunden mit Schallplattenkonzert. 12 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12.10—14 Uhr: Mittagskonzert. Dazwischen 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. 14 Uhr: Kunstberichte. 14.30 Uhr: Studio des Mitteldeutschen Rundfunks. 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. 15.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16—16.15 Uhr: Vegetationskalender für Januar. 16.30 Uhr: Konzert. 17.30 Uhr: Wissenschaftliche Umschau. 17.50 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen. Anschließend: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18 Uhr: Kaninchenzucht. 18.25 Uhr: Sprachenfunk. Englisch. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft… 19 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20 Uhr: Reichssendung. Haydn-Sinfonie. 20.30 Uhr: Was verspricht die Soziologie? 21 Uhr: Hugo-Kaun-Liederstunde. 21.30 Uhr: Straßenrondo. 22.30 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Freitag: Zwischen Südost und Südwest schwankende Winde, zunächst ziemlich heiter, später stellenweise Nebel, in den Mittagsstunden ausgedehnte Bodenfröste, stellenweise auch in der Luft leichter Frost.

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

UNSER
NVENTUR-AUSVERKAUF
nur noch Donnerstag — Freitag — Sonnabend. In allen Abteilungen nochmals sensationelle Preisherabsetzungen!

Ein Posten Tweed-Ombré — …chmoderne Muster in neuen Farben … Jetzt Mtr. 0.95
Ein Posten Fleur-Romain — …ine Wolle, elegante Kleiderware, in allen Modefarben Jetzt Mtr. 1.75
Ein Posten Mantelstoff — …lour Diagonal, 140 cm breit, schwere Qualität, praktisch und warm … Jetzt Mtr. 2.95
Ein Posten Crêpe de Chine — Kunstseide ca. 100 cm breit, in modernen Wäsche- und Kleiderfarben … Jetzt Mtr. 1.10
Ein Posten Damen-Schlüpfer — Kunstseide, warm gefüttert, in vielen Farben … Jetzt Stück 0.95
Ein Posten Herren-Futterhosen — …ollig warm … Jetzt Paar 0.95
Ein Posten Herren-Wochenendhemden Oxford — …it Kragen und Binder in vielen modernen Farbtönen Jetzt Stück 2.95

Ein Posten Wollstrickbinder — in kleinen Tweed-Mustern … Jetzt Stck. 0.38
Ein Posten Samtkissen — mit Rückwand, handgemalt … Jetzt Stck. 0.98
Ein Posten Damen- u. Herren-Sportwesten — besonders warme kräftige Qualität … Jetzt Stck. 1.80
Ein Posten Damentrikotagen — u. a. Unterziehschlüpfer, Unterhemden, Hemdhosen, Taillen, nur bewährte Qualitäten zu Spottpreisen

Ein Posten Wischtücher — pa. Halbleinen, rot u. blau kariert, ges. u. geb. 50/50 … Jetzt Stck. 0.25
Ein Posten Stangenleinen — gute Gebrauchsqualität, eigene Ausrüstung … Deckbettbreite Jetzt Mtr. 0.78 … Kissenbreite Jetzt Mtr. 0.48
Ein Posten Flanell — für Schlafanzüge, große Musterauswahl … Jetzt Mtr. 0.48 0.32
Ein Posten Kleider-Velour — haltbare Qualitäten, hell- und dunkelgrundig … Jetzt Mtr. 0.65 0.39
Ein Posten Damen-Jumperschürzen — gestreift Siamosen u. Zefir, mit breitem Paspel … Jetzt Stck. 0.48
Ein Posten Damen-Blusen — in schönen Streifen … Jetzt Stck. 1.65
Ein Posten Damen-Tweed-Kleider — Strickstoff, mit Weste und Knopfverzierung … Jetzt Stck. 3.90

RESTE
aller Art zum Teil bis zur Hälfte des ausgezeichneten Preises!

ALEX MICHEL
Halle / Am Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0007

Unsere

Sonder-Verkaufstage

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern

für Textil- u. Schuhwaren sowie Hausstandsartikel finden **vom 15. Januar bis 15. Februar** statt.
Wir gewähren trotz niedrigster Preise auf alle Waren neben der vollen Rückvergütung noch einen

Sonder-Rabatt von 10 Prozent in bar.

Warenabgabe nur an Mitglieder. Mitgliederaufnahme in allen Verteilungsstellen.

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Frauen haben das gern!
Schwankoperette von Arnold und Bach
Musik von Walter Kollo

Union-Theater
Weißenfels
Freitag bis Montag:
Otto Wallburg in
„Der Hochtourist"
mit Maria Solvey
Täglich 5, 7 und 9 Uhr

Haben Sie schon
Ritter-Reinluft-Röstkaffee?
probiert:
Meine Spitzenleistung:
Ein ganz hervorragender Partikaffee
1/4 Pfd. 0.60
Sie werden sehr zufrieden sein!
Otto Noak / Inh.: Georg Ritter
Kaffeegroßrösterei
Große Steinstraße 76 Ludwig-Wucherer-Straße 34

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Stadt-Theater
Heute Donnerstag
20 bis gegen 22.15
Im weißen 260pl
Neues-Operette von R. Benatzky
Freitag
20 bis 22.15 Uhr
Was spät kommt, kommt doch
(Morg)
Lustspiel von B. Comers
Schlg. b. 4. Stammkarten-Rate erbeten

Unverändert feinste Qualitäten!
Unverändert tägl. frische Ware!
Unverändert unser Rabatt!

Aber die Preise bedeutend ermäßigt!

„C. E. Feinkost" ges. gesch. Margar.	Pfd. nur	80 ₰
„Flamanta" „ „	„ „	74 „
„F. M. Eigelb"	„ „	70 „
„Ueberzeugung" „ „	„ „	63 „
„Landsegen" Prima Pflanzen	„ „	58 „
„Gute Haushalt"	„ „	54 „
„Ceha"	„ „	44 „
1-Pfund-Würfel	„ „	40 „

Und auch die Butter wieder billiger!

Feine Molkerei-Butter	Pfd. nur	1.14
Allerfeinste Molkerei-Tafel-Butter	„	1.30
Unsere Teebutter „Eine Klasse für sich"	„	1.34

Butter Groß-Handlung Hammonia
Größtes Butter- u. Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands.
Verkaufsstelle: **Halle, Gr. Ulrichstr. 47**

Die bekannten zarten
deutsch. Vollherin
noch billiger
Nordsee
10 Stück nur 39 ₰ — Stück nur
Größere 10 Stück 68 ₰ — Stück nur

Ferner:
Täglich frische Räucherwa
Makrelenbücklinge . . 1/2 Pfund nur
Ferner:
1 Waggon grüne Heringe, groß und
1 Waggon blutfrische Seefische . . .

Verbilligte Lebenshaltung

durch Einkauf bei S&F

Wir wissen es – unsere Kunden erwarten von uns auch im Jahre 1932 besondere Leistungen in Preis und Qualität. Wir beginnen deshalb das neue Jahr mit einer Reihe bedeutender Preis-Abschläge

Die klug rechnende Hausfrau weiss, warum sie bei S&F kauft!

Schweineschmalz	Pfd.	früher 48	jetzt	45
Speck geräuchert, fett	Pfd.	früher 88	jetzt	76
Weiße Bohnen	Pfd.	früher 17	jetzt	16
S & F-Malzkaffee	Pfd.	früher 45	jetzt	40
Ringäpfel	Pfd.	früher 90	jetzt	80
Eierbruchmakkaroni	Pfd.	früher 45	jetzt	42
Magnet-Nudeln	Paket	früher 75	jetzt	70
Margarine Moenol	Pfd.	früher 50	jetzt	48
Margarine Spara	Pfd.	früher 65	jetzt	58
Margarine Sanella	Pfd.	früher 70	jetzt	63
Kernseife gelb, 1000 Gr. Frischgew.		früher 65	jetzt	55
Kernseife weiß, 1000 Gr. Frischgew.		früher 80	jetzt	65
Toilettenseife	Stück	früher 20	jetzt	18
Persil	Paket	früher 40	jetzt	36
Orangen süß und saftig	3 Pfd.			55
Butter	1/2 Pfund		von an	58

Ausnahme-Angebot
Extra große **Eier** ..... **10** Stück jetzt nur **98**
Große **Eier** ..... **10** Stück jetzt nur **85**

S & F-Kaffee billiger!
in Original-Packungen:
1/4 Pfund nur noch **95 88 78 68** Pf.
lose ausgewogen:
1/4 Pfund nur noch **63 50 47** Pf.
S&F-Tee 1/10 Pfund nur noch **85 65 50** Pf.
S&F-Kakao 1/4 Pfund nur noch **50 40 27** Pf.
in Packungen

Fast alle Gewürze im Preise bedeutend ermäßigt!

Steinweg 13, Geististraße 61, Am Steintor 7, Reilstraße 3

SCHADE & FÜLLGRABE
G. m. b. H.
LEIPZIG **5% Rückvergütung** FRANKFURT

Großmutter erprobte,
Mutter lobte,
Enkelin tut den Schwur:
Trauringe von Tittel nur
333, 585, 750 od. 900 gestempelt, d. Stck. 4—40 M.
Juwelier Tittel
Trauringecke
Schmeerstr. 12

Hermann Liebke
Wolfen
(Kr. Bitterfeld)
Fährräder Motorräder
Eisenwaren
Haus- u. Küchen-Geräte

Staunend billig!
Gebrauch. und neue **Möbel**
Zb.
Schlafzim. n. 190 an
Küchen „ n. 35 an
Speisez. n. n. 290 an
Betten „ n. 10 an
Chaisel. n. n. 25 an
K.-Bett. kpl. 39 an
Schreibt. „ n. 35 an
Schränke n. 25 an
Nähl.-Schr. n. 65 an
Plüschsof. n. 35 an
Stühle, Tische, Ausziehtische, Kommod., Bettkoffer, Spiegel, Schlafsofa
sowie alle anb. Möbel in großer Auswahl
Bitzmann
nur Mauerstr. 3/4
am Steinweg

Fensterscheiben
Moebius, Oeff. Str. 5

Immer am billigsten
Metallbetten
12.50
16.50 19.— 22.—
Holzbetten
19.— 22.— 28.—
Matratzen
Auflieger dreiteilig m. Keil 12.50
15.— 17.— 20.—
Stahldrahtmatratzen
11.50 14.— 18.—
Auf Wunsch Zahlungserleichtg.
Transport frei!
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

So billig
nur noch einige Tage im
Inventur-Ausverkauf
Kaufe bei Uhlig
Bitterfeld, Burgstr. 1 u. 50

Auf Teilzahlung
Wochenrate 1 Mk.
Metallbetten, Auflege-Matratzen, Ruhebetten, Divandecken, Steppdecken, Teppiche, Polstersessel
Eichmann & Co.
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 36
Gr. Ulrichstr. 51

Tag für Tag
erinnert den Geschäftsmann bei Euren Einkäufen an den
„Klassenkampf"

Ganz Halle sta
Donnerstag und Fr
billiger Reklame-
Allerfeinste frische
Schweineleber . . .
Frische Rinderleber . . .
Ganz delikat schm
Leber-, Rot- und
Sülzwurst . . . .
Kostproben erhalten Sie
A. Knäusel

Vervielfältiger Schreibmaschinen
auch gebraucht
Aug. Weddy, Jaschke & Kleutzsch
Halle (Saale) — Bürobedarf
Leipziger Straße 22/23 — Tel. 24758/26390

Krawatten
Oberhemden
Unterwäsche
Handsc
in Stoff und Leder in gute
täten zu billigsten Preisen
Joh. Goldmann, Bu
Halles

Preise sind sehr billig gewordeı

Die guten Qualitäten sind geblieb

Reine Naturbutter	Pfund	1
Feinste Margarine	Pfund	1
Reines Schweineschmalz	Pfd.	4
Sehr gute Margarine	Pfund	3
Salami	1/4 Pfund	
Prima Speck	Pfund	1

FKH

BUTTER KRAUSE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0008

Steigert Tempo der Werbung!

…e bisherigen Januar-Ergebnisse befriedigen bei weitem nicht — Zur Werbung in den Betrieben, insbesondere unter den Betriebs-…beiterinnen, muß die Stoßkraft aller Parteieinheiten eingesetzt werden — Losung: Bis Ende Januar das Versäumte nachholen und überholen!

Die nebenstehende Tabelle gibt das Ergebnis unserer bisherigen …rbung im Monat Januar an. Das Ergebnis ist absolut un…friedigend und muß alle Unterbezirksleitungen, Ortsgrup…leitungen, Straßenzellenleitungen und insbesondere die Betriebs…enleitungen veranlassen, alles einzusetzen, um das Tempo der …rbung zu beschleunigen. Die Beschleunigung des …beitempos ist insbesondere notwendig in den Betrieben und … wiederum unter den Betriebsarbeiterinnen.

…Wollen wir uns am Tage unserer LLL-Kundgebungen den Vor…f machen lassen, daß wir es nicht verstanden haben, durch eine …e Arbeit das Andenken der vom Klassenfeind gemordeten und … gestorbenen Führer des revolutionären Proletariats zu ehren? …in, das wollen wir nicht!

Genau so wie in Halle müssen die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Tage zum Anlaß einer verstärkten Werbearbeit genommen werden.

Wieso ist es möglich, daß im Unterbezirk Bitterfeld, …am Anfang des Monats Januar eine starke Bewegung in den …rieben, ja sogar Streiks zu verzeichnen waren, nur vier Be…bsarbeiter Mitglied unserer Partei geworden sind? Wieso ist …möglich, daß in dem bisher besten Unterbezirk Weißenfels-…itz in den ersten 12 Tagen des Monats Januar nur sieben Be…bsarbeiter geworben wurden? Wieso ist es möglich, daß bei … Durchführung des Lohnabbaues, bei einer ungeheuren Erregung …den Betrieben, bei dem schamlosen Verrat der sozialfaschistischen …werkschaftsbürokraten im gesamten Bezirk nur 55 Betriebs…eiter Mitglied der Kommunistischen Partei wurden? Ist etwa … Einfluß der Kommunistischen Partei zurückge…gen? Nein, das gerade Gegenteil ist der Fall.

Der ideologische Einfluß unserer Partei ist gerade mit dem Beginn des Monats Januar in einem beschleunigten Tempo gestiegen.

… Wahlen in Lippe sind ein zweifelsfreier Beweis für diese …ache. Wenn dieses rapide Anwachsen unseres ideologischen …flusses in dem Ergebnis unserer Werbearbeit nicht zum Aus…k gekommen ist, so vielfach deshalb, weil viele Parteigenossen … Primitivste unterlassen haben, nämlich:

ihre Arbeitskollegen und -kolleginnen, ihre Stempelgenossen und -genossinnen zum Eintritt in die Partei aufzufordern.

…ch das Presse-Werbeergebnis ungenügend

…Für den „Klassenkampf" wurden in der Woche vom 5. bis … Januar 34 Abonnenten und für das „Mitteldeutsche Echo" … Abonnenten geworben. Da die Bezirks-Pressekon…renz erst am 10. Januar getagt hat, ist mit Sicherheit anzu…men, daß schon in der laufenden Woche die Ergebnisse der …rbung für die Presse weit größer sein werden. Es ist …gabe aller Parteieinheiten, die gewählten Presseobleute …t im Stiche zu lassen, sondern unter ihrer Führung und An…ung einen tatsächlichen

Feldzug gegen die Presse der Volksfeinde in allen Betrieben und Orten aufzunehmen und zu steigern.

Genossen, der Beschluß unseres Zentralkomitees zur Reichs…sidentenwahl hat noch einmal die große Verantwortung auf…eigt, die auf unserer Partei als Führerin des Proletariats und …it des gesamten werktätigen Volkes liegt. Jeder Genosse …ß sich der Verantwortung bewußt sein, jeder Genosse muß … allen Kräften mithelfen, unsere Positionen in den Be…eben auszubauen und die breiteste rote Einheitsfront … das Bündnis mit den Mittelschichten zu festigen. Darum: **Das schlechte Werbeergebnis in den ersten 11 Tagen des Monats …uar muß schon in den nächsten zehn Tagen wettgemacht wer…. Das Januar-Soll, insbesondere in den Betrieben, muß nicht … erreicht, sondern überschritten werden.**

…r bisherige Stand im Aufgebot der 100 000

…Im Monat Januar müssen nach dem Plan 70 Prozent des …amtsolls erreicht sein. Nachstehende Tabelle veranschaulicht, wie… Prozent des Gesamtsolls am 12. Januar bereits erreicht …ren:

Unterbezirk	Insgesamt	Betr.-Arbeiter	Frauen	Betr.-Arbeiterinnen
…e-Saalkreis	53,7	41,2	26	13,2
…rseburg	46,7	22,6	28,9	—
…ißenfels-Zeitz	99,2	49	52	7,3
…nsfeld	26,8	22,4	9,5	1,5
…ttenberg	32,2	19	11,5	10,7
…terfeld	51	27,8	16	2,7
…itzsch	21,7	14	11,8	—
…gau	18	19,9	7,9	8,6
…witz	18,5	17,4	3,4	—
…umburg	35,2	18,6	6,8	20
…ngerhausen	16,7	9,1	7,3	3,3
…dhausen	25,8	15,3	3,1	2

Auch das Mitglied muß arbeiten!

Der Zuschrift eines Genossen entnehmen wir: Es gibt Orts…ppen, insbesondere auf dem flachen Lande, wo ein Teil der …gliedschaft der Auffassung ist, daß die Erledigung der Partei…eit ausschließlich durch die Funktionäre zu geschehen hat. …e Auffassung ist natürlich falsch. Jedes Mitglied muß ar…en. Jeder muß nach Kräften zur Erweiterung und Festigung … roten Front beitragen.

Aktivität sichert Erfolg!

…Aus Elsterwerda erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgen… entnehmen: Nach 28 Jahren Fronarbeit bin ich, ähnlich wie …ionen vor mir, Opfer des bestehenden Systems geworden. Ich … keinerlei Aussicht, wieder Arbeit zu finden. Ich habe mich … entschlossen, auf diesen Hinauswurf aus dem Betriebe, auf … Elend, dem ich nunmehr in einem verstärkten Maße ausge… bin, mit einer doppelten Kraftentfaltung für … revolutionäre Bewegung zu antworten. Es gelang …, sofort nach Erhalt von Literatur in zwei Stunden folgendes …verkaufen: 24 „Rote Wähler", 10 „20 000 Frauen rufen" und …„Rote Einheitsfront". Be' Diskussionen, die ich gelegentlich …s Verkaufs führte, mußte ich feststellen, daß insbesondere unter … Mittelständlern eine starke Gärung vorhanden ist. …ossen, mit gemeinsamer Kraft vorwärts. Schmieden wir die …heitsfront des Proletariats und gewinnen wir die Mittel…chten.

Betriebsarbeiter, her zu uns!

	Insgef. Soll	geworben	fehlen	Betr.-Arbeiter Soll	geworben	fehlen	Frauen Soll	geworben	fehlen	Arbeiterinnen Soll	geworben	fehlen
Halle-Saalkreis	200	54	146	70	14	56	60	7	53	26	2	24
Merseburg	135	15	120	50	3	47	45	4	41	19	0	19
Weißenfels-Zeitz	135	30	105	50	7	43	45	7	38	19	1	18
Mansfeld	130	36	94	50	8	42	40	5	35	14	0	14
Wittenberg	120	46	74	40	10	30	40	4	36	15	2	13
Bitterfeld	120	6	114	50	4	46	40	1	39	15	1	14
Delitzsch	80	6	74	30	2	28	28	2	26	9	0	9
Torgau	80	1	79	28	0	28	28	0	28	9	0	9
Bockwitz	80	3	77	35	0	35	28	0	28	8	0	8
Naumburg	80	23	57	28	2	26	28	0	28	6	0	6
Sangerhausen	80	12	68	28	5	23	28	1	27	6	1	5
Nordhausen	80	0	80	30	0	30	25	0	25	9	0	9

Landproletenlos: 9.99 Mk. Wochenlohn

Genossen, Industrieproleten, es ist eure Pflicht, den Landarbeitern bei der Organisierung des Kampfes für Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu helfen!

Unser Arbeiterkorrespondent aus Bennstedt schickt uns einen Bericht über die Zustände auf dem Rittergut Koch und fügt dem Bericht eine Lohntüte eines Landproleten bei. Die Lohntüte sieht wie folgt aus:

40 Stunden zu 32 Pfennigen		**9,20 Mark**
Geschirrführerzulage		**2,80 Mark**
insgesamt		**12,— Mark**
Abzüge: Invalidenversicherung	**0,45 Mark**	
Krankenkasse	**0,88 Mark**	
Arbeitslosenversicherung	**0,66 Mark**	
Summe der Abzüge		**2,01 Mark**
verbleibt an Barlohn		**9,99 Mark**

Es handelt sich um die erste Lohnwoche im Monat Januar. Da dem Proleten in dieser Woche außerdem 5 Mark für Saft abgezogen wurden, erhielt er tatsächlich nur 4,99 Mark an Bargeld. Der Prolet ist verheiratet und hat ein Kind. Würde der Rittergutsbesitzer Koch imstande sein, von diesem Gelde eine Woche lang zu leben.

In der zweiten Woche des Monats Januar wird der Abzug der Negersteuer gemacht, so daß der Lohn auch in der zweiten Januarwoche nicht größer sein wird. Diese Negersteuer wurde von dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher einfach diktiert, nachdem sie von der Gemeindevertretung abgelehnt war.

Auf Rittergut Nebra ebenfalls Elend

Auf dem Rittergut Nebra werden folgende Stundenlöhne gezahlt: Geschirrführer 17 Pfennige, Tagelöhner 15 Pfennige, Tagelöhnerinnen 20 Pfennige. Diese Löhne wurden vor der Notverordnung gezahlt. Außerdem gab es ein Futtergeld von 3,50 Mark die Woche. Nun sollen sie noch weiter gesenkt werden.

Die Wohnungen auf dem Rittergut Nebra sind grauenhaft, aber selbstverständlich nicht die des Besitzers und der Antreiber. Die Häuser, in denen die Landarbeiter wohnen, sind von außen nicht geputzt. Die Mistjauche fließt direkt unter dem Fenster. Es sind eher Löcher als Wohnungen. Eine Familie mit sechs Köpfen schläft in drei Betten. Möbel und Dielen verfaulen. Die Landarbeiter sind übereinstimmend der Ansicht, daß es

so wie bisher nicht lange mehr weitergehen kann.

Trotz dieser Erkenntnis sind verschiedene von ihnen durch das jahrelange Elend mürbe und schwach geworden. Um so größer ist die Verpflichtung für die Industriearbeiter, in erster Linie für unsere Parteigenossen, durch intensive und beharrliche Landarbeit den Landproleten in der Organisierung des Kampfes gegen die unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen zu helfen.

Wer zündet die Scheunen an?

Wir brachten gestern folgende Meldung aus Torgau: Als Brandstifter des Wilhelmschen Sägewerks in Zöckwitz wurde nunmehr der jüngste Sohn des Besitzers selbst festgestellt. Nach seinen Angaben hatte er den Brand angelegt, um seinem Vater aus der wirtschaftlichen Not zu helfen und die bevorstehende Versteigerung zu verhindern.

So kurz wie die Meldung auch ist, so spricht sie doch Bände. Sie beleuchtet grellartig einmal die furchtbare wirtschaftliche Not des deutschen Mittelstandes und der werktätigen Bauernschaft, zum zweiten die Lügenhaftigkeit der nationalsozialistischen Demagogen.

Der „Völkische Beobachter" und mit ihm alle anderen nationalsozialistischen und „gut bürgerlichen" Blätter behaupten bei jedem Brand, der auf dem Lande aufgeht, daß es „kommunistische Brandstifter" sind, die das wenige Eigentum der Bauern vernichten und sie zur Verzweiflung treiben wollen. Würde nicht auch in dem obengeschilderten Falle eine ähnliche Vermutung von nationalsozialistischer Seite aufgestellt? Nun bricht die bewußte Lüge der faschistischen Volksbetrüger wie so oft in sich zusammen.

Die ausweglose Krise des kapitalistischen Systems, die zunehmenden Steuern bei zurückgehenden Umsätzen haben in dem Kopfe des jungen Mannes den Entschluß reifen lassen, das Besitztum seines Vaters, das sowieso versteigert werden sollte, in Flammen aufgehen zu lassen. Er hoffte dadurch seinen Eltern und Geschwistern helfen zu können. Gewiß, es war von Anfang an klar, daß dieser Schritt absolut ungeeignet ist, die wirtschaftliche Not abzuwenden. Doch ebenso ist es Tatsache, daß hier wie in zahlreichen anderen Fällen die Urheber der Brandstiftung nicht in den Kreisen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft zu suchen sind, sondern in dem Lager, von dem aus der Kommunismus als „Todfeind des werktätigen Volkes", als „Todfeind insbesondere der Bauernschaft" hingestellt wird.

Werktätige, insbesondere ihr Bauern, haltet Augen und Ohren offen! Glaubt nicht, was euch die nationalsozialistischen Versammlungsredner erzählen! Urteilt aus eigener Erfahrung!

Es sind nicht die Kommunisten, die eure Scheunen in Brand setzen. Nein. Der Kapitalismus und seine national- und sozialfaschistischen Verteidiger sind an der wirtschaftlichen Notlage der werktätigen Bauernschaft schuld, einer Notlage, die vielfach in Verzweiflungsmaßnahmen ihren Ausdruck findet. Die Kommunisten aber sind Todfeind dieses kapitalistischen Systems und seiner Verteidiger. Die Kommunisten zünden keine Scheunen an, sondern sind ständig bemüht, den werktätigen Bauern dadurch zu helfen, daß sie das Bündnis zwischen Stadt und Land zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind schmieden.

Neue Mitkämpfer überall!

In der öffentlichen Versammlung in Helbra, in der der Genosse Koeppe über die Auswirkungen der Notverordnung sprach, erklärten drei Arbeiter ihren Eintritt in die Kommunistische Partei.

In der öffentlichen Versammlung in Obersdorf bei Sangerhausen erklärten vier Erwerbslose ihren Eintritt in die Partei und zwei Lehrlinge traten dem Kommunistischen Jugendverband bei.

Schlimmer als Sklaven

Nachstehend veröffentlichen wir den Bericht eines Jungarbeiters vom Lande, der die furchtbaren Arbeits- und Lebensverhältnisse der Landproleten schildert. Eines Kommentars bedarf der Bericht nicht.

Durch das Arbeitsamt wurde mir eine Schweizerstelle nach Gollmenz (Eilenburg-Land) zugeteilt. Wochenlohn 7 Mark bei freier Station. Die sozialen Beiträge mußte ich selbst tragen. Anfang November kam der Sohn des Besitzers nach Hause und führte die Wirtschaft für seinen Vater weiter. Die Behandlung verschlechterte sich. Meine Arbeitszeit dauerte von früh 5 Uhr bis abends 21 Uhr. Ich unterbrach die Arbeit nur kurz zum essen, um dann sogleich weiter zu schuften. Eines abends machte ich eine Bemerkung, daß abends eher Schluß mit der Arbeit sein könne. Darauf erwiderte der Besitzer, wenn es mir nicht paßte, könne ich sofort gehen. Am 15. Dezember bekam ich nun die Kündigung. Am 20. Dezember kam der Gemeindevorsteher Munkwitz und erklärte mir, ich könne bei ihm anfangen für 8 Mark die Woche, bei 16 Melkkühen und 11 Stück Jungvieh. Arbeitszeit wochentags von früh 3.30 Uhr bis abends 19 Uhr. Das Essen war sehr schlecht, denn die Butter war mitunter nicht zu genießen, weil sie ranzig war; Wurst und dergleichen mußte man sich denken.

Auf derselben Stelle diente auch ein Mädchen von 19 Jahren mit einem Gehalt von monatlich 25.— Mark. Dieses Mädel wurde nur mit Dresche behandelt. Da der Besitzer in Delitzsch eine Villa besitzt, sollte das Mädel an einem Sonnabend die Villa mit sauber machen. Auf die Erwiderung, daß sie doch genügend Arbeit auf dem Bauerngut habe und nicht mit die Villa säubern könnte, wurde sie in ihrem Zimmer von der „Gnädigen" furchtbar verprügelt. Kurz vor Weihnachten ging die Arbeit nicht schnell genug und das Mädel wurde von der Frau die Treppe heruntergeworfen. Um diesem Drangsal aus dem Wege zu gehen, sah sich das Mädel gezwungen, für den 1. Februar diese Stelle zu [illegible].

Soll ich noch weitere Beispiele anführen? Es ist h[illegible] Zeit, daß die Landarbeiter sich aufraffen.

Für unsere Gefangenen

Aus Reinsdorf bei Landsberg wird uns von der Roten Hilfe geschrieben:

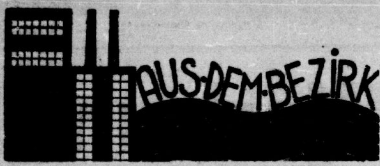
Beim Kirmesvergnügen wurden beim Arbeiter-Rauchklub Reinsdorf	15,95 M.
Beim Gründungsball des Zentralvereins Reinsdorf	5,10 „
Bei der Weihnachtsveranstaltung des Zentralvereins Reinsdorf	15,62 „
Bei der Silvesterfeier beim Genossen H.	2,50 „

für die RH gesammelt.

Insgesamt betragen die Tellersammlungen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1931 in Reinsdorf **76,92 M.**

Die Winterhilfe-Sammlung ergab in Reinsdorf 20 Zentner, in Landsberg 27 Zentner und in Gütz, Wölls-Petersdorf 12 Zentner Kartoffeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0009
DFG



Donnerstag, den 14. Januar 1932.

An unsere Arbeiterkorrespondenten

Während in den ersten zwei Wochen nach Weihnachten unsere Korrespondenten offenbar noch in „Feierstimmung“ waren, so daß wir hier nicht genügend Berichte hatten, so holen sie jetzt das Versäumte nach und schicken so viel Berichte, daß wir sie kaum bewältigen können. Das ist sehr erfreulich und soll niemanden vom Schreiben abhalten. Jede Zuschrift ist der Redaktion mindestens als Material willkommen. Jede Zuschrift versetzt die Redaktion in die Lage, die Zeitung immer besser zu einem tatsächlichen Sprachrohr der Werktätigen zu machen.

Wir möchten aber den Genossen einen Tip geben, wodurch sie die sofortige und sichere Veröffentlichung ihrer Berichte erreichen können:

Berichte, mit denen gleichzeitig Verkaufsexemplare bestellt werden, kommen unbedingt am gewünschten Tage zur Veröffentlichung

Wenn wir auf diese Weise dem Verlag beweisen können, daß die Provinzberichte eine **Steigerung der Auflage bringen**, dann wird er auch gewillt sein, uns mehr Raum zur Verfügung zu stellen.

Die Provinzredaktion.

Bitterfeld-Wittenberg

Kampf gegen Siedlungs- und Pachtwucher

A.-K. Praiau. Die Versammlung war von ca. 100 Personen besucht. Nach dem Referat über „Bauern in Not, Steuern, Pacht- und Siedlungsfragen“, entwickelt sich eine Diskussion, in der insbesondere das Verhalten der Siedlungsgesellschaft Ost festgenagelt wurde.

Die genannte Siedlungsgesellschaft hat vor Jahren die Domäne Bleesern aufgekauft und zwar den Morgen für ungefähr 100 M., während sie dagegen den Kaufsiedlern pro Morgen 400 M. abknöpfte und neuerdings von den Siedlern, die das Land gekauft haben, noch Pachtzins verlangte.

Die Nachzahlung der Berufsgenossenschaftsbeiträge hat unter den Beitragspflichtigen helle Empörung hervorgerufen. Die vorgelegte Entschließung, die sich gegen die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, gegen die Ausplünderung der Werktätigen, und gegen die Zahlung der Berufsgenossenschaftsbeiträge wendet, ist einstimmig angenommen. Unterschriften für die Entschließung sind gesammelt. Das gewählte Pächter- und Kleinbauernkomitee besteht aus acht Personen, und zwar drei Kleinbauern (parteilos), ein SPD- und zwei KPD-Pächter, sowie zwei Pächterfrauen. Die Genossen der Ortsgruppe setzten Literatur in der Versammlung um, hatten aber keine Bauernzeitung zum Verkauf. Die Tellersammlung ergab den Betrag von 5,80 M.

Delitzsch-Torgau

Waffensuche

A.-K. Prösen. Am Montag erschienen in der Gastwirtschaft Otto Theuring in Prösen (Parteilokal der KPD) drei Landjäger zwecks Waffensuche. Alles wurde durchsucht. Stallung, Misthaufen, Betten des Dienstpersonals usw. Es handelt sich allem Anschein nach um eine ganz gemeine Denunziation von seiten eines Schuldners von Theuring. Die Suche war selbstverständlich erfolglos. Der Denunziant aus dem Unterdorf ist bekannt.

Die „Internationale“ im Bockwitzer Gemeindeamt

A.-K. Bockwitz. Am Montag standen in der Gemeindevertretersitzung die Winterhilfsanträge der Erwerbslosen zur Debatte. Unter dem Druck der Erwerbslosen wurde dem Erwerbslosenrat das Wort zur Begründung der Anträge erteilt. Seine Ausführungen wurden mit starkem Beifall der anwesenden Erwerbslosen entgegengenommen. Die bürgerlichen Parteien wagten nicht, die Anträge abzulehnen, sondern brachten Verschlechterungsanträge ein, wonach erst die „Bedürftigkeit“ geprüft werden soll.

Die Erwerbslosen legten geharnischten Protest ein, sangen im Gemeindeamt die Internationale und demonstrierten zum Volkshaus Bockwitz.

Sofort wurde eine Delegation beauftragt, erneut die Forderungen zu stellen, hinter denen die Erwerbslosen stehen.

Zustände am Arbeitsamt

A.-K. Delitzsch. Folgender Fall, der sich am letzten Dienstag abspielte, soll aller Oeffentlichkeit zeigen, was den Erwerbslosen von den Beamten der Nebenstelle Delitzsch zugemutet wird. Die Auszahlung der Unterstützung soll um 9 Uhr beginnen. Um 9.30 Uhr (manchmal noch später) kommen die Beamten erst angefahren. Dann geht man erst nach der Kreiskasse und holt das Geld. Zurückgekommen, fängt man gemütlich an zu frühstücken. Mehrmalige Aufforderung der Erwerbslosen, mit der Auszahlung zu beginnen, stört die Herrschaften gar nicht. Schließlich fordert sogar die Polizei die Beamten auf, endlich mal anzufangen, denn es ist bereits 10 Uhr.

Drei Beschwerdeschreiben des Erwerbslosenausschusses nach dem Arbeitsamt Bitterfeld blieben bis jetzt unbeantwortet. Wir fragen hiermit an, warum der Erwerbslosenausschuß von Bitterfeld keine Antwort erhält. Die Geduld der Erwerbslosen hat ein Ende; sie verlangen sofortige Beseitigung der Mißstände. Auch die zur Auszahlung bestimmten Räume entsprechen in keiner Weise der Zahl der abzufertigenden Erwerbslosen. Bis zum Anfang der Auszahlung müssen 400—500 Erwerbslose bei Wind und Wetter auf offener Straße stehen, in kaputten Schuhen und ohne ausreichende Kleidung. Ein weiterer Mangel ist, daß kein Platz vorhanden ist, wo die Erwerbslosen ihre Räder abstellen können. Die Erwerbslosen verlangen daher pünktlichen Beginn der Auszahlung, so daß sie nicht stundenlang stehen müssen, ferner einen Raum, der für alle Erwerbslosen Platz bietet und einen Abstellplatz für die Fahrräder.

Die Erwerbslosen erwarten, daß sich das Arbeitsamt Bitterfeld zur Beseitigung der Mißstände sofort mit dem Erwerbslosenausschuß Delitzsch in Verbindung setzt.

Polizei im Stadtparlament Elsterwerda

In der ersten Stadtverordnetensitzung dieses Jahres fanden sich überraschenderweise auch mehrere Landjäger ein. Auf die empörte Anfrage der kommunistischen Fraktion antwortete der Bürgermeister zynisch, „im Rathaus herrsche Glatteis und die Landjäger seien berufen worden, um diejenigen, die ausrutschen sollten, sofort in Empfang zu nehmen“. Die Kommunisten forderten die Zurückziehung der Polizeibeamten, der Vorsteher lehnte jedoch selbst eine Abstimmung über diesen Antrag ab. Ausführlicher Bericht folgt.

Siedlungsgesellschaft droht mit Massenermittieru

A.-K. Teutschenthal. Die sozialdemokratischen Leiter der Mustersiedlung des Sozialfaschisten Böttche haben den Mietern der Siedlungs- und Gemeindewohnungen bewiesen, daß sie wirkliche Arbeiterzertreter sind. Vor wenigen Jahren faßte die SPD-Gemeindevertreterfraktion unter Leitung des korrumpierten Gemeindevorstehers Böttche den Beschluß, die Gemeinbehäuser in eine Siedlungsgesellschaft m. b. H. umzuwandeln. Damit wollte man das Mitbestimmungsrecht der Gemeindevertretung ausschalten, um mit SPD-Majorität im Vorstand und Aufsichtsrat ungehindert schalten und walten zu können. Mit Unterstützung der Bürgerlichen gelang damals dieses Manöver.

Die erste Maßnahme der Siedlungsgesellschaft m. b. H. war die Erhöhung der Mieten von 25 Mark auf 32 Mark. Dann setzte sich der Aufsichtsrat, vor allen Dingen der Sozialfaschist Stuckroth, als stellvertretender Amtsvorsteher dafür ein, daß sein Parteifreund Böttche eine Aufwandsentschädigung von 2000 Mark pro Jahr erhielt. Die nächste Maßnahme war eine neue Erhöhung der Miete von 32 auf 44 Mark. Bei dicken Zigarren hat dieser Stuckroth der Erhöhung der Miete zugestimmt. Das tollste Stück leisteten sich diese Herren, als sie auch die Altwohnungen über den Stand der gesetzlichen Miete erhöhten.

Infolge der Wirtschaftskrise war es zwei Dritteln der Mieter nicht möglich, die festgesetzte Miete zu bezahlen, und heu... überhaupt unmöglich, Miete zu bezahlen, weil ein großer ... Mieter Wohlfahrtsempfänger sind und kaum die notw... Lebensmittel kaufen können.

Infolge der Mietrückstände haben jetzt ungefähr 40 Mi... die Räumungsklage erhalten.

Böttche als Geschäftsführer beauftragt die Rechts... Duchrow und Dr. Schreiber, rücksichtslos gegen die ... vorzugehen, und diese beantragen vor Gericht sofortige Au... des Mietsverhältnisses, Herausgabe der Wohnung an die Sie... gesellschaft. Die Hinaussetzung aus der Wohnung soll nicht ab... sein von der Stellung von Ersatzräumen. Für diese Maß... sind die Sozialdemokraten Böttche und Stuckroth voll... wortlich. Dabei haben sie noch den traurigen Mut, ihre SP... glieder zu einer Sitzung zu laden, um sie vor Gericht zu ve... Dieselben Leute, die die Exmittierung beantragen, wollen die In... der Mieter vertreten! Jeder SPD-Arbeiter wird hier erkenn... ches Doppelspiel von diesen Postenanwärtern mit ihnen ge... wird. Er wird so schnell wie möglich dieser Partei des Klasse... den Rücken kehren.

Die KPD hat einen Teil der Mieter durch den Genossen ...heimer vertreten lassen. Das Urteil lautet: Die Wohnunge... zu räumen. Wie die Hunde sollen die Mieter auf die Straße ... werden. Der Sozialfaschist Böttche wird die Hände reibe... ihn betrifft es nicht; er bekommt 1000 Mark Wohnungszu... der Gemeinde.

Als erste Maßnahme gegen diesen Schandstreich haben ... Mieter einen Kampfausschuß gewählt, um vereint mit ... gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft sich zu wehren.

Die Einwohnerschaft wird es nicht zulassen, daß die Miete... Siedlungsgesellschaft obdachlos auf der Straße liegen. Die Ko... nistische Partei führt diesen Kampf der Mieter, so wie sie alle K... der Werktätigen gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage ...

Kötzschen-Beuna — Frankleben

Die Ortsgruppe Kötzschen-Beuna hat beschlossen, mit der Ortsgruppe Frankleben einen LLL-Wettbewerb abzuschließen. Sie schlägt hierzu vor, folgendes Werbesoll bis zum 1. Februar zu erreichen: 10 Parteimitglieder, davon 5 Betriebsarbeiter, 10 RGO-Mitglieder, davon 5 Betriebsarbeiter, 5 KJVD-Mitglieder, 5 Leser des „Klassenkampf“, 5 „Echo“-Leser, 10 Rote-Hilfe-Mitglieder. Die Ortsgruppe Kötzschen-Beuna erwartet die Antwort der Ortsgruppe Frankleben.

Weißenfels-Zeitz

An die Werktätigen im Zeitzer und Weißenfelser Gebiet!

Am Sonntag, dem 17. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in Zeitz, Schützenhaus, eine Einheitskonferenz der Roten Hilfe statt, die die Aufgabe hat, Stellung zu nehmen zu dem wachsenden Justizterror und der steigenden Verfolgungswelle gegen die Arbeiterschaft. Die Konferenz wird weiterhin Stellung nehmen zu der immer weitere Kreise umfassenden Amnestiebewegung für die proletarischen politischen Gefangenen, im besonderen für die Genossen Scheringer, Peters und Nachtigall. Als Referent wird der Genosse Sepp Miller vom Zentralvorstand der Roten Hilfe erscheinen.

Dieser Konferenz kommt im Zeichen der immer stärker werdenden Einheitsfrontbewegung größte Bedeutung zu. Die Delegierten werden sich über die Maßnahmen schlüssig werden müssen, wie der Kampf für die Vollamnestie stärker betrieben werden muß und zu einem Erfolg geführt werden kann.

Alle Schichten der werktätigen Massen müssen ihre Delegierten entsenden, ungeachtet der Parteizugehörigkeit müssen dort die Werktätigen vertreten sein.

6500 proletarische politische Gefangene sitzen in den Zuchthäusern und Festungen!

35 000 Werktätige haben die Anklageschrift zugestellt bekommen wegen ihres Kampfes für Arbeit, Freiheit und Brot.

An alle werktätigen Schichten der Kreise Weißenfels und Zeitz ergeht daher der Ruf: Tretet unverzüglich in euren Betrieben und Organisationen zusammen und entsendet Delegierte!

Gestaltet die Konferenz zu einem wuchtigen Auftakt um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen!

Für die rote Einheit in Stadt und Land

A.-K. Düben. In diesem Sinne fand am 9. Januar in Coſſa bei Düben eine gutbesuchte Einwohnerversammlung statt mit dem Thema: Aufstieg oder Untergang. Seit Jahren hatte man am Ort nicht eine solche gutbesuchte Versammlung. Die Nazis wie die SPD haben in dieser Landgemeinde einen großen Teil Einfluß verloren.

Selbst aus der Kriegervereinsversammlung kamen kleine Bauern und blieben in unserer Versammlung. Es war die erste Versammlung unserer jungen Dorfzelle und der Erfolg war gut.

Genosse Rödel, Bitterfeld, sprach über zwei Stunden über den Untergang der kapitalistischen Welt, die Not der Kleinbauern, Aufstieg in der Sowjetunion, Kriegsgefahr, Bauernhilfsprogramm der KPD. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Ein Zeichen der Einheit ist es, daß bei der Sammlung für den Kampffonds der KPD mancher kleiner Bauer trotz der Not 50 Pfennig gab. Nach der Versammlung wurde noch bis 1 Uhr nachts in der Gaststube mit dem Genossen R. diskutiert.

Mansfeld-Sangerhausen

Riesenversammlung in Nordhausen

Polizeilich gesperrt

A.-K. Nordhausen. Nach viermonatigem Verbot konnte unsere Partei in Nordhausen wieder eine öffentliche Versammlung durchführen. Mit welcher Spannung die werktätige Bevölkerung diese Versammlung der Kommunisten erwartet hatte, bewies uns der blendende Besuch. Kolonnaden und Bühne des großen Hoffnungs-Saales mußten noch geöffnet werden, um die immer neu kommenden Massen zu fassen.

20.30 Uhr sperrte die Polizei den Saal wegen völliger Ueberfüllung.

Genossin Reichstagsabgeordnete Marie Ahlers sprach zur politischen Lage. Sie zeigte uns die hervorragende Bedeutung der Abwehrstreiks in allen deutschen Gebietsteilen. Immer neue Kräfte stoßen zur Partei Lenins und kämpfen mit uns.

Nach ihr sprachen die hiesigen Führer unserer Partei und der Genosse Hans von der Jugend-BL. Nazi-Rechtsanwalt Sting, den wir brieflich eingeladen hatten, war nicht erschienen. Eine Resolution, im Sinne der Erklärung des ZK zur Einheitsfront, fand einmütige Annahme. Die Stimmung war prächtig und äußerte sich in folgendem Ergebnis: Aufnahmen:

Partei 19 (davon 4 Betriebsarbeiter)
Jugend 5 (2 Betriebsarbeiter)
Rote Hilfe 3
„Klassenkampf“-Leser 1

Massenversammlung in Hettstedt

Am Sonnabend fand in Hettstedt eine von der KPD einberufene öffentliche Versammlung statt. Genosse S. aus Halle sprach über: Notverordnung und wir! Die im dicht gedrängten Saale anwesenden Männer und Frauen lauschten gespannt den Ausführungen des Referenten. Auch die anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter und die paar Nazis konnten den Argumenten der Kommunisten nicht entgegentreten.

Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 9. Januar im „Stern“ in Hettstedt **tagende überfüllte Massenversammlung protestiert gegen die weitere Verelendung ... Arbeiterklasse durch die 4. Notverordnung. Sie gelobt, in ... Einheitsfront unter Führung der KPD den Kampf gegen die ...ning-Diktatur aufzunehmen. Die Versammlung beschließt, ... Kampfausschuß zu wählen gegen die neuerdings erhöhten Bei... sätze für landwirtschaftlichen Unfall.**

Es wurden aus der Versammlung heraus fünf Vorschläg... macht, die den provisorischen Kampfausschuß bilden. Es ha... sich um eine besonders rigorose Maßnahme der staatlichen lan... schaftlichen Berufsgenossenschaft. Früher mußten die Arbeite... ein Stückchen Land hatten, pro Morgen 2 M. Versicherung ... Jetzt hat man die Sätze auf 8 M. pro Morgen erhöht. Je g... der Besitz ist, desto geringer werden die Beiträge. Man e... auch hier wieder, daß es sich um eine Maßnahme gegen die A... handelt.

In den nächsten Tagen wird eine neue Versammlung statt... die sich allein mit diesem Thema beschäftigen wird. Alle von ... Maßnahme getroffenen Werktätigen müssen zu dieser Versam... erscheinen.

Der Gastwirt bevorzugt Nazis

A.-K. Heiligenthal. Am 5. Januar fand in Burgs... (Mansfelder Seekreis) eine Naziversammlung statt. Das Re... hielt der bekannte merkwürdige „Arbeiter“ von Alvensleben. ... anwesenden Arbeiter und Mittelständler hörten sich den Sch... welchen dieser kapitalistische Söldner von sich gab, bis zu ... mit eisigem Schweigen an. Näher darauf einzugehen ... keinen Zweck, denn es war die alte, schon oft abgeleierte Wa...

Mehr hat es die Arbeiterschaft von Burgsdorf interessiert, ... der Gastwirt Becker seine Unparteilichkeit offenbarte. Den K... munisten verweigert er sein Lokal mit der Begründung, daß e... anderen gegenüber auch so verfahren würde. Daß jetzt das Ge... teil von dem Gesagten geschehen ist, ist der Arbeiterschaft nicht ... gangen. Wenn der Gastwirt Becker glaubt, ohne die Arbeiter... auskommen zu können, so ist das seine Sache.

Eisleben. Jugendfeier 1932. Der Verband proletar... Freidenker ruft nochmals auf zur Einzeichnung in die Jugendf... listen. Der Vorbereitungsunterricht beginnt am Sonnabend 14.... in der Turnhalle.

Hettstedt. Russenfilm „Der Weg ins Leben“. Im ... Apollo-Lichtspielen, Bahnhofstraße, läuft vom 15. bis 17. Januar ... erste russische Tonfilm „Der Weg ins Leben“. Dieser Film ... wie die verwahrlosten Kinder, die der Sowjetstaat als Erb... Zarismus und des Bürgerkrieges übernommen hat, zu vollwert... Gliedern der Gesellschaft erzogen werden. Alle Werktätigen ... Hettstedt und Umgebung müssen sich diesen Film ansehen.

Arbeiter-Sport

Landesleitung, Fußballsparte

Achtung, Techniker der Bezirke!

Am Sonnabend, dem 16. Januar, 20 Uhr, findet in Halle, Bergstr... (Sportbüro der Landesleitung), unsere außerordentlich wichtige Ha... spielausschußsitzung statt. Alle Bezirke müssen ... stimmt vertreten sein. Durchführung der Landesspiele, ... **jugendtag und Landessportfest sind wichtige Punkte dieser Sitzung.**

Ferner muß der Einspruch Piesteritz verhandelt werden. Die Komm... setzt sich zusammen aus W. Küster, Fritz Heinrich und K. Fathke. Unbed... **Erscheinen aller Vertreter** ist zu dieser wichtigen Tagung erforderlich.

J. A.: K. Fathke, F. Heinr...

Sportvereinigung Achilles 1890, Halle a. d. S. Unsere Generalversam... lung findet Sonntag, den 17. Januar, im Vereinslokal „Zum Hettst... Bahnhof“, Mansfelder Straße 43, statt. Beginn 14.30 Uhr. Das Ersch... aller **Mitglieder wird zur Pflicht gemacht.** Donnerstag, 20 Uhr, ... Vorstandssitzung, zu der alle Funktionäre zur Stelle sein müssen.

FSV-Halle. Sonnabend, den 16. Januar, Technikersitzung im Heim ... Techniker haben zu erscheinen.

Bezirk Weißenfels, Fußballsparte

Am Sonnabend, dem 16. Januar, findet eine Sitzung der Verhandl... kommission statt. Die Mitglieder der Verhandlungskommission müssen ... erscheinen. Beginn 19.30 Uhr. Zur Verhandlung kommen folgende Be... den und Proteste:

1. **Beschwerde des Schiri Zuch gegen die Genossen Feuer und** ... (Union), Spiel 252. Zu erscheinen haben die Genossen Feuer, Brausch (Uni... Spielführer von Delitz sowie Schiri Zuch (93).
2. Protest, Spiel 207. Zu erscheinen haben die Jugendleiter oder ... führer von Union und Granschütz sowie Schiri Portius (93).
3. Protest, Spiel 290. Geladen werden Spielführer von 93 und Ta... Schiri Dalbke (Taucha) und evtl. Zeugen.
4. Protest, Spiel 274. Geladen werden Spielführer von Osterfeld ... Zeitz sowie Schiri Mittrödder (Theißen).
5. Protest, Spiel 218. Zu erscheinen haben die Spielführer von ... und Zorbau und Schiri Riebling (93).

Alle geladenen Genossen erscheinen auf eigene Kosten. Die Sitzung be... pünktlich 19.30 Uhr im Lokal „Weste“. Die Verhandlungen erfolgen ... **Reihe nach.**

Bezirksleitu...

Sonntag, den 17. Januar, finden folgende Spiele statt:

280	10 Uhr		Granschütz Jugend—Delitz Jugend
251	14	„	Theißen 1—Hohenmölsen 1
290	½13	„	Theißen 2—Hohenmölsen 2
283	½13	„	93 3—Zorbau 3
76	11	„	Taucha 3—Osterfeld 2
306	½13	„	Taucha Jugend—Osterfeld Jugend

Spiel 181 wird auf einen späteren Termin verlegt. Spiel 290 ... ½13 Uhr in Delitz statt. Die Bekanntmachung im „MuS“ über die ... 175 und 178 ist nicht richtig. Selbige finden erst am 24. Januar statt. **Delitz trägt Rosberg 1 noch ein Gesellschaftsspiel gegen Delitz 1 aus.** ... weisen nochmals auf den Bezirkstag hin. Jeder Spartenverein muß ... sein, da eventuell noch Wahlen stattfindet.

Albert Holsch...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320114-13/fragment/page=0010
DFG